

Berliner Volksblatt.

Organ für die Interessen der Arbeiter.

Das „Berliner Volksblatt“

erscheint täglich Morgens außer nach Sonn- und Festtagen. Abonnementspreis für Berlin frei in's Haus vierteljährlich 4 Mark, monatlich 1,35 Mark, wöchentlich 35 Pf. Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntags-Nummer mit dem „Sonntags-Blatt“ 10 Pf. Bei Abholung aus unserer Expedition Zimmerstraße 44 1 Mark pro Monat. Postabonnement 4 Mark pro Quartal. (Eingetragen in der Postzeitungspreisliste für 1889 unter Nr. 866.)

Für das Ausland: Täglich unter Kreuzband durch unsere Expedition 3 Mark pro Monat.

Insertionsgebühr

beträgt für die 4 gespaltene Petitzeile oder deren Raum 40 Pf., für Vereins- und Versammlungs-Anzeigen 20 Pf. Inserate werden bis 4 Uhr Nachmittags in der Expedition, Berlin SW., Zimmerstraße 44, sowie von allen Annoncen-Bureaus, ohne Erhöhung des Preises, angenommen. Die Expedition ist an Wochentagen bis 1 Uhr Mittags und von 3-7 Uhr Nachmittags, an Sonn- und Festtagen bis 10 Uhr Vormittags geöffnet.

Fernsprecher: Amt VI. Nr. 4106.

Redaktion: Beuthstraße 2. — Expedition: Zimmerstraße 44.

Moderne Kreuzfahrer.

Die Konferenz in Brüssel, die in diesen Tagen zusammengetreten ist, um die Sklaverei und den Elanhandel in überseeischen Ländern zu bekämpfen, erinnert so recht an die Kreuzzüge vor etwa 800 Jahren. Auch damals war man sich in Europa des Elends bewusst, das mit wuchtigem Druck auf den Völkern lastete, die umsonst nach Freiheit und Erleichterung rangen. Da fuhr unter die Menschheit die sonderbare Idee, die erste Pflicht der Kulturwelt gehe dahin, die in dem „heiligen Land“, in Palästina unter dem Joch der Selbstverherrlichenden Christen zu befreien und jenseitiger Weise traten hinter diesem Gedanken alle anderen Bestrebungen der Zeit zurück. Man dachte nicht an einen inneren Gesundungsprozess der Völker, die Befreiung des heiligen Grabes erschien als das große Ziel des ganzen Abendlandes. Der Gedanke der Befreiung der leidenden Christen war an sich menschlich schön, wenn schon die Christen in Palästina weniger unter dem Joch der Selbstschulden zu leiden hatten, wie die Christen im Abendland unter dem Joch des Feudalismus. Aber diesen Gedanken zum Banner einer großen Bewegung in Europa zu machen, war eben so wenig in den Verhältnissen begründet, als wenn man heute in einem Feldzuge gegen die Sklaverei das Mittel zur sozialen Gesundung Europas suchen würde.

Die Menschen sind einmal so und sie neigen immer zu Utopiephantasmen, die einen gewissen romantischen Schimmer haben. Die Kreuzblume des Mittelalters, die märchenhafte, aber immer noch, wenn auch spärlich, und es giebt noch immer Kreuzritter genug, die im „Kampf gegen die Ungläubigen“ das höchste Lebensziel erblickten. Aber diese letzten Ausflänge einer versunkenen Märchenwelt stehen in einem gar zu schreienden Gegensatz zu den Interessen und Ideen der modernen Zeit, mit ihren Währungen und Bewegungen. Die Kinder unseres Jahrhunderts könnten den Peter von Amiens mehr in Bewegung setzen, wenn der einst so gewaltige Ruf: „Gott mit uns!“ der einst Hunderttausende trieb, das Kreuz zu nehmen, würde heute völlig wirkungslos verhallen.

Die Ritter mittelalterlicher Geister geben sich zwar alle Mühe, die Schatten vergangener Zeiten zu beleben. Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ vor Allen ist bemüht, den Kongress zu Brüssel als ein hochbedeutungsvolles Ereignis darzustellen. Sie sagt, die Kulturwerke in Afrika seien bedroht und der Mahdismus mache Fortschritte. Diese Bewegung und dem damit verbundenen Elanhandel müsse im Interesse der Zivilisation entgegengetreten werden, denn schon sei das Kongogebiet von der Insurrektion bedroht.

Feuilleton.

136

Germinal.

Sozialer Roman von Emile Zola.

Engl. autorisierte Uebersetzung von Ernst Siegler.

Man lief hinaus. Es war Bluchart. Er kam in einem Wagen; das Pferd dampfte und schwitzte. Er sprang auf. Der Mann war schlank, sah etwas geziert aus, hatte einen großen vieredigen Kopf und trug unter einem schwarzen Ueberzieher einen frischen Anzug, wie ihn Arbeiter, nicht er gut geht, Sonntags anziehen. Seit fünf Jahren hatte er keine Feile mehr an, pflegte sich, fristete sich vor allem mit großer Sorgfalt und war eitel auf seine Rednerfähigkeiten; aber seine Glieder waren ungelent geblieben, und durch das Eisen abgearbeiteten Nägel seiner großen Hände wuchsen nicht nach. Er war äußerst thätig und arbeitete ohne Unterlaß das Land, um Propaganda zu machen.

„Seid mir nicht böse,“ sagte er, ihren Fragen zuvorkommend: „gestern früh Konferenz in Preuilly, Abends Versammlung in Valenciennes, heute Rendezvous in Marchiennes, morgen Belmont. . . Zum Glück hab' ich noch einen meiner Stimmgeber.“

„Das macht natürlich nichts, ich bin doch.“

„Er wollte ins Haus treten, doch plötzlich drehte er sich um: „Ach, zum Kukul, ich vergesse die Karten! Das wäre eine schöne Geschichte.“

Und er lief zum Wagen zurück, den der Kutscher bereits in die Remise fuhr, und zog eine Kaffeete aus schwarzem

Nun, kein Mensch wird bestreiten, daß die Bekämpfung des Sklavenhandels an sich verdienstlich ist. Aber es handelt sich dabei auch um die Methode; es fragt sich, ob etwas damit erreicht wird. Die Erfahrung lehrt, daß mit verhältnismäßig hohen Kosten wenig erreicht worden ist und daß die Frage der Blockade und des Durchschlags leicht unter den europäischen Mächten selbst zu unliebsamen und in ihren Folgen unabsehbaren Verwickelungen führen kann.

Aber das ist es nicht allein. Die „Kulturwerke in Afrika“ liegen gewissen Leuten gar sehr am Herzen und man verrätth damit, daß der Sklavenhandel nicht die alleinige Ursache der geplanten Maßnahmen, manchmal auch nur ein Vorwand ist.

Es giebt aber „Kulturwerke“, die uns räumlich und menschlich näher liegen, als jene in Afrika. Wenn die Brüsseler Konferenz nicht zusammengekommen wäre, so würde uns das nicht gerade in Aufregung bringen. Wenn man aber hört, wie die Offiziösen diese Konferenz feiern, so wird man von Unmuth erfüllt, wenn man bedenkt, wie dieselben Offiziösen sich gegen die Berner Konferenz verhalten haben. Dort handelte es sich um ganz andere Dinge, als um die Kulturwerke in Afrika; es handelte sich um das erste und wichtigste Kulturwerk Europas, um die Sicherheit und den Schutz von Leben und Gesundheit des Volkes, um Schutz gegen die Ausbeutung der Arbeitskräfte unserer Jugend. Das scheint uns denn doch näher zu liegen, als „die Kulturwerke in Afrika“.

Tausende und Hunderttausende mögen in Afrika im Elend der Sklaverei schmachten und wir wünschen ihre baldige Erlösung; aber wir können darum nicht den Blick von unseren eigenen Zuständen abwenden.

Soeben meldet der „Hannoversche Courier“, daß im Kreise Stabe in den Ziegeleien die Kinder und sogenannten jugendlichen Arbeiter eine achtzehnstündige Arbeitszeit haben. Welch ein Geschlecht soll das werden! Im Reichstage werden große Reden über Kinderarbeit gehalten und die Minister beklagen den herrschenden Zustand, geben aber zu verstehen, daß man Nichts thun könne. Ja, warum hat man sich denn so ablehnend gegen die Berner Konferenz verhalten, auf der man die Frage, ob es Mittel gegen das Elend der Kinderarbeit gäbe, doch erst genau hätte untersuchen können?

Dazu kommt noch der Dohn, welchen eine feile Presse über alle Bestrebungen zu Gunsten der Arbeiter ausgießt. In der Schweiz erscheint, gemäß dem Beschlusse des Pariser Kongresses, ein Blatt, „Der Achtstündentag“. Dies Blatt ist von der feilen Presse mit dem Spottnamen „Der Lagedieb“ belegt worden. Wir sind nicht so empfindlich, uns darüber zu ärgern; wir wollen nur festnageln, wie eine gewisse Presse die Interessen der europäischen Arbeiter behandelt, während sie andererseits die

Holz daraus hervor, die er unter den Arm schob. Stephan schritt freudestrahlend hinter ihm; Kasseneur war verlegen und wagte nicht, dem Ankommenden die Hand zu reichen. Doch dieser ergriff seine Rechte und schüttelte sie, wobei er flüchtig betrefis des Briefes äußerte:

„Welch' eine Idee? Warum diese Versammlung verhindern? Man muß immer Versammlungen halten, wenn man kann.“

Frau Desir bot ihm ein Glas Bier an, aber er dankte: er spreche, ohne zu trinken, aber er habe es sehr eilig, weil er noch nach am selben Abend nach Zoiselle müsse, wo er mit Legoujeux zusammentreffe. Alle traten in den Saal. Mahu und Levaque, die eben erst ankamen, folgten ihnen; dann wurden die Thüren geschlossen, damit man unter sich bleibe, eine Sache, worüber Zacharias und Rouquet schlechte Witze rissen.

Ungefähr hundert Männer saßen in dem Saale, dessen rothen Ziegelfestien ein warmer Dunst vom lehten Valle entströmte. Es entstand ein Plüßern; Alle wendeten sich um und betrachteten den fremden Herrn, dessen schwarzer Ueberzieher einen unliebsamen Eindruck machte.

Sofort wurde auf Stephan's Vorschlag das Bureau gewählt. Er rief den Namen, die Anderen hoben die Hände; es ging schnell. Bluchart wurde zum Präsidenten ernannt, Mahu und Stephan zu seinen Beisitzern. Die Stühle rückten, das Bureau plazirte sich um den Tisch; der Präsident verschwand einen Augenblick dahinter und verdeckte seine Kaffeete, die er noch immer unterm Arm gehalten; dann klopfte er leicht mit der Faust auf den Tisch, um sich Gehör zu verschaffen. Alle schwiegen. Bluchart begann mit seiner heiseren Stimme:

„Mitbürger . . .“

Eine kleine Thür öffnete sich, der Redner mußte wieder abbrechen. Es war die Wirthin, welche durch die Küche

afrikanischen Interessen gar nicht genug in den Vordergrund stellen kann.

Kreuzzüge passen nicht mehr in unsere Zeit. Wenn wir in Deutschland nicht mehr besorgt sind um Kraft und Gesundheit unseres Volkes, so wird die Gefahr immer größer, daß einstens die „Kulturwerke im Westen und in der Mitte Europas“ dem Angriff wilder Horden im Osten zum Opfer fallen.

Politische Uebersicht.

Der Komödie erster Theil ist vorüber; zwischen dem ersten und zweiten Akt liegt ein Zwischenraum von 5 Tagen, so liegt man häufig auf den Theatersitzen, und so geht es auch bei dem Trauerspiel, welches sich seit 11 Jahren in Deutschland unter dem Namen „Sozialistengesetz“ abspielt.

Die nationalliberalen Akteure in dieser Komödie haben vorgestern Abend beim Schlusse des ersten Aktes einen sehr schönen Abgang gehabt, d. h. die Mannesfüßen konnten es nicht über sich gewinnen, der Regierung die dauernde Befugnis zu Ausweisungen zu erteilen und lehnten daher den Ausweisungsparagraphen ab.

Layfer wie die Herren nun einmal sind, haben die Duhl und Döschhäuser glänzende Reden gegen die Schädlichkeit und nebenbei auch Ruklofigkeit der Ausweisungen an sich gehalten, aber, da Vorsicht der bessere Theil der Tapferkeit ist, haben sich die, im Fieranz bis zur Virtuosität ausgebildeten Herren eine Rückzugslinie offen gehalten, welche ihnen gestattet, schließlich auch die von der Regierung für notwendig erachtete Ausweisungsbesugnis anzunehmen.

Dem sich mit Vorliebe „einen echten deutschen Mann“ nennenden reichsparteilichen Abg. Kobbe war es vorbehalten, das „Ei des Columbus“ zu entdecken, indem er der Erwartung Ausdruck gab, daß die Nationalliberalen, nachdem die Regierung durch den preußischen Minister des Innern hatte erklären lassen, auf die Ausweisungsbesugnis nicht verzichten zu können, nunmehr einen Antrag stellen würden, wonach in einem dauernden Sozialistengesetz der Ausweisungsparagraph an eine bestimmte Zeitdauer geknüpft werde.

Damit war die Möglichkeit der Einigung gegeben und der Abg. v. Helldorf meinte denn auch, daß man sich unter allen Umständen mit den Kartellfreunden verständigen müsse und daß dies „wenn nicht Heute so doch Morgen“ sicher geschehen werde.

Herr Duhl fühlte diesen Anzughen gegenüber ein menschlich Mitleiden, und erklärte mit großem Nachdruck, daß er sich ja nur dagegen ausgesprochen habe, der Regierung „dauernde“ Ausweisungsbesugnis zu erteilen, meinte aber dabei wieder, daß nach seiner Ansicht die Nachtheile dieser Maßregel die Vortheile derselben bei Weitem überwiegen.

Unter diesem Brillantfeuerwerk nationalliberalen Versteckspiels schloß die erste Beratung in der Kommission, deren Ergebnis die Annahme des fristlosen Sozialistengesetzes ohne den Ausweisungsparagraphen war.

hereingekommen war und auf einem Plateau sechs Schoppen brachte.

„Lassen Sie sich nicht stören,“ sagte sie, „wenn man spricht, hat man Durst.“

Souvarine, der neben dem Bureau saß, nahm ihr das Präsentirtbrett ab und stellte es auf den Tisch. Bluchart konnte fortfahren. Er sprach nur ein paar Dankesworte: Er sei gerührt von dem lebenswürdigen Empfange, der ihm geworden; dann entschuldigte er sein spätes Eintreffen und seine Heiserkeit und gab das Wort dem Bürger Kasseneur, der darum gebeten hatte.

Schon stand Kasseneur neben dem Präsidenten-Tische, ein umgedrehter Stuhl diente ihm als Tribüne, er war sehr bewegt, hustete, dann begann er mit kräftiger Stimme:

„Kameraden . . .“

Was seinen Einfluß auf die Grubenarbeiter begründet hatte, war seine leicht fließende Rede, die lebenswürdige Art, wie er stundenlang, ohne müde zu werden, sprechen konnte. Er machte keine Gesten, sah etwas schwerfällig aus, aber er lächelte, übergoß seine Zuhörer mit einem endlosen freundlichen Redeschwall und betäubte sie, bis sie Alle tiefen! Ja, ja, das ist wahr, Du hast Recht!

Doch heute fühlte er schon bei den ersten Worten einen dumpfen Widerstand; darum ging er langsam vor und bemühte zunächst nur die Frage des Fortsetzens des Streiks, indem er sich den Angriff auf die Internationale vorbehielt, bis seine Zuhörer warm geworden. Wohl, sagte er, verbiete die Ehre, den Forderungen der Kompagnie nachzugeben; aber wach ein Elend, wach schreckliche Ausfichten, wenn sie noch länger kämpfen müßten! Und ohne direkt der Unterwerfung das Wort zu reden, bemühte er sich, ihren Muth wankend zu machen, deutete auf die Kolonien, welche vor Hunger umzulommen drohten und fragte, auf welche Unterstützung Diejenigen rechneten, welche den Kampf fortsetzen wollten.

Zwischen dem ersten und zweiten Akt liegt ein Zwischenraum von fünf Tagen, sagten wir oben; am Dienstag Abend wird der Vorhang wieder aufgezogen werden und auf offener Szene werden die Kartellbrüder, bei welchen über die dauernde Ausweisungsbefugnis ein grimmiger Streit auszubrechen drohte, der Regierung die „Ausweisung auf Zeit“ überreichen.

Dann wird es Herrn Buhl — und im Plenum wird der Ober-Präsident von Bennigen diese Aufgabe übernehmen — ein Leichtes sein nachzuweisen, daß, obgleich Ausweisungen an sich die wirtschaftliche Existenz vernichten und das Familienleben zerstören, diese Wirkungen sich in das Gegenteil verwandeln, wenn die Regierung es den National-liberalen beschließt.

„Der Wien muß“; die Regierung sagt: ich will weiter ausweisen können; und die Nationalliberalen beugen sich gehorlich diesem Machtwort, obgleich sie innerlich von der Ungerechtigkeit, Nutzlosigkeit und Schädlichkeit einer solchen Maßregel vollkommen überzeugt sind.

Der würdevolle Ernst, mit welchem diese Frontveränderung stattfinden wird, kann natürlich über die Zimmerlichkeit, welche heute etwas als nützlich und notwendig hinstellt, was gestern noch hart und schädlich war, nicht täuschen, denn auch der Harlekin wirkt am lustigsten, wenn er in ernster Haltung auftritt.

Der deutsche Parlamentarismus ist eine ganz sonderbare Pflanze — wie es in keinem anderen Land mehr eine ähnliche giebt. Seit Wochen haben wir Tag für Tag lange Debatten über die wichtigsten Fragen der inneren und der äußeren Politik: Sozialistengesetze, die ganze Zoll- und Wirtschaftspolitik, Arbeiterrecht, Kolonialpolitik und so weiter. All diese Debatten enden aber wie das Hornberger Schießen — viel Geschrei und wenig Wille, oder richtiger: gar keine Wille. Beschlüsse werden in der Regel nicht gefaßt, die Regierung beteiligt sich nur, soweit es ihr beliebt, kümmert sich aber nicht um die Resultate ihres Handelns. Es ist ein einziges Schauspiel: die Oppositionsparteien, welche in der Minorität sind, haben das große Wort und beherrschen die Debatten; die Regierungsparteien, welche die Majorität haben, vertheidigen sich kaum, sie nehmen im Ganzen mit bewundernswürdiger Geduld und Langmuth die Hiebe hin, welche ihnen verabreicht werden und es geht alles seinen Gang, als ob es keinen Reichstag gäbe. Die Opposition spricht in den Wind; die Majorität pfeift auf die Debatten und die Regierungsparteien beachten nicht, was die Opposition sagt.

Je gründlicher und je lebhafter diese Debatten sind, desto größer beleuchten sie das Elend des deutschen Parlamentarismus, der von der Regierungspartei gar nicht mehr als ein **Machtfaktor** betrachtet wird.

Die Partei der Beeskammer. Bürgerpartei und Antisemiten sind sich wegen des Ausfalls der Stadtverordnetenwahlen untereinander in die Haare gerathen. In einer Versammlung des antisemitischen Reformvereins klagte Dr. Bödel darüber, daß die Bürgerpartei bei der Wahlagitatio gegen Birchow eine Unmasse von Beeskams am Wahltage verzehret hätten, während die Antisemiten sich für sie die Beine abgelaufen hätten. (Zuruf: Im 7. Wahlbezirk gerade so!) Der Antisemitismus ist wieder einmal der Mohr gewesen, der seine Schuldigkeit gethan. (Sehr richtig!) Vielleicht werden wir bei der Stichwahl noch einmal eintreten, aber nur dann, wenn wir Garantien bekommen, daß wir nachher auch die Erfolge für uns in Anspruch nehmen können. (Bravo!) Von der Bürgerpartei ist nichts gethan, sie stellte zwei Agitatoren, wir 35. Bei uns will Jeder kommandiren und nach seinem eigenen Schlichtenplan marschiren. Wenn drei Antisemiten bestimmen sind, so raisonniren mindestens zwei über die Führer. Die ganze Presse haßt auf unsere Führer los, die freisinnige, sozialdemokratische, nationalliberale und konservative, und die Antisemiten helfen ihr. Was die Juden über sie auspreden, wird von Antisemiten selbst noch verbreitet. Das muß aufhören, nur Einigkeit kann uns stark machen. (Lebhafter Beifall.) Die Versammlung wurde mit lebhaften Hochrufen auf die antisemitische Sache und Dr. Bödel geschlossen.

Müssen die freien Hilfskassen, die Krankenkassen, der Polizeibehörde ihr Mitgliederverzeichnis einreichen? Diese Frage ist vom preussischen Oberverwaltungsgericht mit „Nein!“ beantwortet worden. Der Landrath des Kreises Zeltow hatte unterm 24. Oktober 1888 den Vorstand einer Kranken- und Begräbniskasse aufgefordert, ein vollständiges Mitgliederverzeichnis der Kasse einzureichen, widrigenfalls gegen jedes Vorstandsmitglied eine Geldstrafe von 100 Mark festgesetzt werden sollte. Gegen diese Verfügung hatte der Kassenvorstand Klage erhoben und die erste Instanz, wie wir seiner Zeit berichtet, in der Sitzung vom 14. März dieses Jahres entschieden, daß die landrätliche Verfügung aufzuheben sei. Gegen diese Entscheidung legte der Landrath Berufung ein und fand die mündliche Verhandlung beim Oberverwaltungsgericht am 7. November statt. Es wurde ausgeführt, daß weder das Hilfskassengesetz vom 6. April 1876, noch das Krankenversicherungsgesetz vom 15. Juni 1883 ein solches Verlangen begründe. Insbesondere aber treffe der Hinweis auf eine Entscheidung des höchsten Gerichtshofes zu Gunsten des Rechtes der Polizei, die Ein-

reichung des Mitgliederverzeichnisses von einem Verein zu fordern, nicht zu, da die gesetzlichen Bestimmungen über Vereine und über Hilfskassen gänzlich verschieden seien. Diesen Gründen schloß sich der Gerichtshof im Wesentlichen an und erkannte demgemäß, daß die landrätliche Verfügung sammt Strafverfügung nunmehr unter Anerkennung der Entscheidung erster Instanz endgiltig aufzuheben sei.

In Magdeburg hat dieser Tage eine Versammlung der nationalliberalen Partei stattgefunden, in welcher der Abgeordnete Seyffardt einen Vortrag hielt. Wir entnehmen demselben folgende bezeichnende Stelle:

Je begrenzter der wirkliche Einfluß der Volksovertretung manchmal erscheint, um so schärfer tritt die Bedeutung der Rathgeber der Krone, konzentriert in der Person des Fürsten Reichskanzlers, in den Vordergrund. Wie Bismarck sich zu den Freigen stellt, ist thatsächlich entscheidend für Erfolg oder Mißerfolg. Von einer Initiative, von einer Verfolgung bestimmter Programme aus der Reihe der Parteien kann daher nur in bescheidenem Maße die Rede sein. Der Regel nach wird denn auch von den Abgeordneten in Reichstag und Landtag ihre Stellung so aufgefaßt, daß sie sich darauf beschränken, für die Vorlagen der Staatsregierung einzutreten, wenn sie dem Parteiprogramm entsprechen, und dagegen zu reden und zu stimmen, wenn dies nicht der Fall ist.

Bei dieser politischen Anschauung des Herrn Seyffardt ist es begreiflich, daß vor seinen Augen nur die Kartellparteien Gnade fanden.

Ueber die Verhältnisse an der sächsischen Grenze berichtet das „Chemnitzer Tagebl.“ ein Kartellorgan: „Wenngleich die Zoll- und Steuerdirektion in Eibenstock durch die vorgeschriebene ortsamtliche Bescheinigung die Einfuhr von Mehl und Brod in Mengen bis zu 3 Qa. aus Böhmen etwas erschwert hat, so gehen doch alljährlich noch viele Leute aus den Grenzorten hinüber in die benachbarten böhmischen Flecken und kaufen sich dort für billigeres Geld Mehl, Brod und Fleisch. Mehl ist schon von 10 Pf. ab das Pfund zu haben; bestes ungarisches Weizenmehl kostet 15 Pf. Ein Pfund Speck, das auf sächsischer Seite kaum unter 1 M. 10 Pf. zu haben ist, wird drüben schon für 60 Pf. verkauft. Unter solchen Verhältnissen lohnt sich auch das Schmuggeln, das wohl auch noch flott betrieben wird von denjenigen, welchen eine ortsortliche Bescheinigung nicht ausgestellt wird.“

Zur Zunahme des Pferdefleischkonsums theilt die „Allg. Fleischzeitung“ noch die aus weiteren sieben Städten eingeholten amtlichen Angaben mit. Im Oktober dieses Jahres ist der Pferdefleischkonsum gegen den im Oktober 1888 gestiegen in Köln um mehr als 25 pCt., in München um fast 30 pCt., in Dresden um mehr als 40 pCt., in Frankfurt a. M. um ca. 50 pCt., in Lunden bei Hannover um mehr als 50 pCt., in Kiel um ca. 80 pCt. und in Hannover um 90 pCt. Das Pferdefleisch muß jetzt fast theurer bezahlt werden als vor dem Einfuhrverbot das Schweine- und Rindfleisch, die Arbeiter aber können nur noch an Pferdefleisch sich satt essen.

Eine merkwürdige Bekanntmachung erläßt die Dresdener Polizeidirektion. Im Interesse der öffentlichen Ordnung und Ruhe, sowie der Sicherheit des Verkehrs sieht sie sich nämlich veranlaßt, das Ausheilen von allen Dresdener Lokale und Geschäfte in Verzug erlassenden Druck- und Schriftstücken auf hiesigen öffentlichen Straßen und Plätzen, sowie in Häusern ohne Genehmigung der betreffenden Hausbesitzer, zu verbieten und etwaige Zuwiderhandlungen mit Verhaftung nach § 368 Nr. 10 bezw. 360 Nr. 11 des Reichsstrafgesetzbuchs zu bedrohen. Als Gründe giebt die genannte Behörde an, daß die aufdringliche Vertheilung dieser Blätter sich in den letzten Tagen zu einem allgemein höchst unangenehm empfundenen Unfug gesteigert und nicht nur vielfach zu Verkehrsstörungen, sondern auch sonst zu heftigem Aergerniß bei dem Publikum Veranlassung gegeben habe, so daß in einem besonderen Falle Schlägerei und Straßenerzess nur durch gütliches Zureden der Polizeibeamten verhütet worden ist. — Die Dresdener Behörde sucht die Sache etwas feiner anzudrehen, als die Chemnitzer, welche einfach jeden Boykott verbot, nichtsdestoweniger deckt sich ihr Verfahren keineswegs mit den Rechten, die Polizeibehörden zustehen. Ein solches ausgedehntes Recht im Interesse der öffentlichen Ordnung und Ruhe etwas ganz generell zu verbieten, existirt nicht. Auf diese Weise könnte ja die Polizei alles und jedes machen. Da wäre ja gleich das Mittel gefunden, die ganze Arbeiterbewegung ohne jede besondere gesetzliche Bestimmung zu erdrücken. Die Polizei erklärt einfach: Es stört die öffentliche Ordnung, wenn ein sozialdemokratischer Kandidat proklamirt wird, wenn sozialdemokratische Wahlflugblätter in die Häuser getragen, wenn Stimmzettel für Arbeiterkandidaten an den Wahllokale vertheilt werden, darum wird das unteragt. Schrumpl! — Die aufdringliche Vertheilung der papiernen Schnupstücher der Abahlungsabare belästigt das Publikum ebensosehr, wie die Verbreitung der Flugblätter, ja noch weit mehr, sie schädigt auch andere Geschäftseute, welche nicht deraelichen Klame machen können. Trotzdem hat die Polizei nicht das Recht, die Zettelvertheilung zu untersagen. Betrunkene haben schon

oft Verkehrsstörungen, öffentliches Aergerniß, Schlägerei und Straßenerzess verübt, bei gütlichem Zureden seitens der Polizeibeamten prügeln sie oft dieselben noch, deshalb kann keineswegs der Verkauf von Spirituosen verboten werden. Ja selbst Verbreitung solcher an schon Betrunkene kann einstweilen noch nicht unteragt werden. Hier kann strafrechtlich nur im Einzelfalle der Einzelne gefaßt werden, der etwas Störendes u. verübt. Ebenso ist es mit der Flugblättervertheilung. Wenn bei einer solchen eine Störung irgend welcher Art besteht, so ist strafrechtlich einzuschreiten, keineswegs aber gegen den Vertheiler als solchen, sondern gegen denjenigen, welcher den Störaland begonnen. Seltener Fall, einige Mitglieder des Vereins „Gewerbefchutz“, vollwichtige Spielbürger, entrüben sich über einen der „jüdischen“ Zettelvertheiler am Postplatz und sangen mit ihm Ständchen an, wie lächerlich wäre es, wenn man gegen diesen Mann ein Strafmandat wegen groben Unfug erlassen wollte.

Breslau, 21. November. Ueberwagung öffentlicher Versammlungen. Der hiesige Regierungspräsident hat, wie die Schweißner „Tägliche Rundschau“ für Stadt und Land“ berichtet, neuerdings an die mit der Ausübung der Polizei betrauten Organe nachstehende Verordnung erlassen: „Nach Mittheilung des Herrn Ministers des Innern haben in neuerer Zeit wiederum mehrfach Verbote und Auflösungen von Versammlungen, welche auf Grund des § 9 des Gesetzes gegen die gemeingefährlichen Bestrebungen der Sozialdemokratie vom 21. Oktober 1878 erfolgt waren, für ungerathen erachtet werden müssen. Im Auftrage des genannten Herrn Ministers werden daher Euer Hochwohlgeboren unter Bezugnahme auf die Zirkularverfügung vom 18. Oktober u. J. betreffend die polizeiliche Ueberwachung öffentlicher Versammlungen, darauf hingewiesen, wie die Auflösung einer Versammlung auf Grund des § 9 Abs. 1 a. a. O. nur dann erfolgen darf, wenn in derselben sozialdemokratische Bestrebungen, welche auf den Umsturz der bestehenden Staats- und Gesellschaftsordnung gerichtet sind, zu Tage treten. Ebenso ist das Verbot einer Versammlung nach § 9 Abs. 2 a. a. O. nur dann begründet, wenn durch Thatfachen die Annahme gerechtfertigt ist, daß die betreffende Versammlung zur Förderung solcher Umsturzbestrebungen der Sozialdemokratie bestimmt ist. Dabei ist zu beachten, wie durch den Thatbestand allein, daß der Benutzer einer Versammlung und die als Redner auftretenden bezw. hierzu in Aussicht genommenen Persönlichkeiten sozialdemokratische Partei angehören, die Annahme einer solchen gerichteten Bestrebens nicht hinreichend begründet wird. Hochwohlgeborenen wollen hiernach die unterstellten Polizeibehörden mit entsprechender Anweisung versehen.“

Elberfeld, 21. November. Ueber die Vorgeschichte der jetzt hier stattfindenden großen Sozialistenprojess vertheilt das seitens der Regierung zu Düsseldorf Antrage bei der hiesigen Polizei und durch diese bei dem Gerichtshof erfolgte, so während der Dauer des Prozesses ein Bataillon Soldaten hier verlegt werden solle. Diese Antrage wurde seitens des Gerichtspräsidenten verneint, und die Richtigkeit dieses Verfahrens zeigt jeder Tag der Verhandlungen.

Letztere verlaufen so, daß bis jetzt auch nicht ein einziges Mal der Präsident einwirkten habe. Und in ebenso anhängiger Weise benimmt sich das Publikum, das während der Verhandlungen ununterbrochen in Schaaren vor dem Gerichtsgebäude steht. Ständen statt der anderthalb Tagelangen Verhandlungen und Polizeibeamten, die Unbefugten den Eingang in das Gerichtsgebäude verwehren sollen, nur drei oder vier auf Vorken — diese Zahl würde vollständig genügen, um den beabsichtigten Zweck zu erreichen. Ebenso überflüssig sind die zahlreichen Polizeiposten, die an den verschiedenen Thüren des Verhandlungslokal und in letzteren selbst aufgestellt sind. Man muß sich wunderbare Stellung von den Angeklagten und den sozialdemokratischen Sozialdemokraten gemacht haben, daß man solche Vertheilung von Polizeibeamten für nöthig hielt. Selbst im gegnerischen Lager ist, woson man sich bei dem Besuch tragend eines beliebigen öffentlichen Lokals überzeugen kann, die Sympathie entsetzlich auf Seiten der Angeklagten. Die Verhandlungen bilden die denkbar beste Agitation für die hiesige Sozialdemokratie, die Stimmen, wie bei den nächsten Wahlen, hat die Partei hier im Wupperthal und in der weiteren Umgegend noch nie bekommen. Die Berichte über die Verhandlungen werden mit wahrem Gier gelesen und bilden den Gegenstand der Unterhaltung in allen Kreisen.

Wie man sich denken kann, hat die Inszenierung dieses Riesenprojess und sein Fortgang schon ganz gewaltige Kosten verursacht und verlaudet, daß seitens des Fiskus nicht weniger als 60000 M. sage und schreibe sechzigtausend Mark für die laufenden Kosten angewiesen worden seien.

Und was wird das schließliche Resultat sein? Daß kann sich Niemand täuschen, der mit einiger Aufmerksamkeit den bisherigen erst otertägigen Verhandlungen gefolgt ist, wird in der Hauptsache mit einem gründlichen Fiasko der Klagebehörde endigen.

Drei oder vier Stimmen versuchten, ihm beizupflichten, wodurch noch deutlicher das kalte Schweigen der großen Mehrzahl markirt wurde, deren Mißvergnügen sich bald in einzelnen Rufen Luft machte. Da wurde er böse und sagte, sie würden sich in's Unglück stürzen, wenn sie sich von Fremden die Köpfe verdrehen ließen. Alle hatten sich erhoben, riefen, sie seien seine Kinder, die von ihm lernen müßten; sie wüßten, was sie zu thun hätten, er solle schweigen. Er trank Zug um Zug von dem neben ihm stehenden Biere, sprach in den Tumult hinein und schrie endlich, der sei noch nicht geboren, der ihn verhindern könne, seine Pflicht zu thun.

Bludart war ebenfalls aufgestanden, hieb, da er keine Klode hatte, mit der Faust auf den Tisch und krächte mit seiner heiseren Stimme in den Lärm hinein:

„Mitbürger . . . Mitbürger . . .“
„Endlich konnte er Ruhe schaffen. Er fragte die Versammlung, ob sie den Redner weiter sprechen lassen wollte? Alle lehnten einstimmig ab. Die Mitglieder der Deputation, welche sich seiner Zeit zum Direktor begeben hatte, führten die Andern; Alle waren erbittert durch den Hunger, und neuer Ideen voll; es verstand sich von selbst: Kasseneur wurde das Wort entzogen.“

„Dir ist natürlich Alles eins, Du hast zu essen!“ rief ihm noch Levaque zu, indem er ihm die Faust zeigte.

Stephan hatte sich hinter dem Rücken des Präsidenten zu Mathieu geneigt, der über die „Verbrüder-Rede“ Kasseneur's, sehr aufgeregt war, und beruhigte ihn, während Souvarine mit einem hellen Glanz in seinen kleinen Augen lebhaft dreinschaute.

„Mitbürger,“ begann der Präsident wieder, „erlaubt mir, das Wort zu ergreifen.“

Alles schwieg. Er sprach. Seine Worte quälten nicht mühsam und heißer hervor; aber er hatte sich an diese Redeweise gewöhnt, seine chronische Heiserkeit gehörte fast zu seinem Programm. Nach und nach schwellte er den Ton und wurde pathetisch; er öffnete die Arme und begleitete seine Perioden mit einem Wiegen der Schultern. Sein Vortrag hatte etwas von einer Predigt; er ließ die Endsätze in gewisser Priestermanier zu einem Gemurmel herab-

fallen, das mit seinem monotonen Gesang eine überzeugende Wirkung hervorbrachte.

Er sprach von der Größe und von den Wohlthaten der Internationale; es war die Rede, mit welcher er gewöhnlich in den Städten, wo er noch nicht gewesen, debutirte. Er erklärte den Zweck des Verbandes: die Emanzipation der Arbeiter; dann dessen großartige Organisation: unten zunächst die Kommune, darüber die Provinz, noch höher die Nation und ganz oben im Gipfel die Menschheit. Seine Arme breiteten sich aus, während er sprach, stiegen stufenweise empor, höher und höher, wie eine immense Kathedrale das Bild der zukünftigen Welt aufbauend. Danach redete er von der Verwaltung, las die Statuten, sprach von Kongressen und deutete den wachsenden Fortschritt des Verbandes an und das immer weitere Kreise umfassende Programm, welches mit der Besprechung der Höhe der Löhne begonnen hatte, sich gegenwärtig mit der sozialen Frage beschäftigte, um endlich an die Abschaffung des Lohnwesens hinzuzutreten. Es werde bald keine Nationalitäten mehr geben, die Arbeiter der ganzen Welt werden einen großen Bund bilden, werden das verkommene Bürgerthum verdrängen und eine freie Gesellschaft gründen, wo Jeder, der nicht arbeitet, auch nicht ernten wird. Er schrie jetzt; seine ersticke Stimme, die der niedrige Plafond auf die Versammelten hinabwarf, erschütterte die papiernen Guitlanden.

Eine Bewegung ging durch die Reihen. Einige riefen:

„Ja! Ja! Wir sind dabei!“

Er fuhr fort: In weniger als drei Jahren werden sie den ganzen Erdkreis erobert haben! Und er zählte die schon gewonnenen Völker auf; von allen Seiten strömen Anhänger herbei; niemals hat eine neue Religion so viel Gläubige gefunden! Und wenn sie erst die Herren sind, dann werden sie den Chefs Befehle diktiert, dann werden die Chefs ihrerseits die Faust im Genick fühlen!

„Ja! Ja! Sie werden zu Kreuzen kriechen!“

Mit einer Handbewegung gebot er Schweigen. Jetzt sprach er von den Streiks. Im Prinzip war er dagegen, denn sie sind ein zu langsam wirkendes Mittel, welches die Leiden des Arbeiters vermehrt. Doch bis etwas Besseres

gethan wird, muß man nicht vor dem Streik zurückweichen, wenn er unvermeidlich geworden: denn er hat den großen Vortheil, das Kapital zu desorganistren. In diesem aber wird die Internationale für die Streikenden eine große Hilfe sein. Er zitierte Beispiele: Als in Paris die Erziehung der Arbeit eingestellt hatten, bemilligten die Chefs, sobald sie erfuhren, die Internationale sende Hilfe Gelder, alle Arbeiter der Welt. In London hatte der Verband die Arbeiter der Kohlenbergwerke gerettet, indem er auf seine Kosten von den Besitzern der Grube aus Belgien verschriebene Ersatzmänner wieder heimsandte. Sobald die Arbeiter der Verbände beitreten, zittern die Kompagnien; denn sie wissen, welches entschlossen ist, lieber zu sterben, als Elende als Kapital zu bleiben.

Beifall unterbrach ihn. Er trodnete sich mit seiner Schnupstuch den Schweiß von der Stirne, mit der anderen Hand das Glas zurückweisend, welches Mathieu ihm drückte. Als er wieder beginnen wollte zu sprechen, schnitt ihm ein neuer Beifallssturm das Wort ab.

„Es fig!“ flüsterte er zu Stephan. „Es sind nicht genug, schnell die Karten!“

Er bückte sich hinter dem Tisch und kam mit dem schwarzen Kästchen zum Vorschein; dann schrie er, den Kästchen überdeckend:

„Mitbürger! Hier sind die Vereinskarten! Eure Begierden mögen vorzittern, damit ich sie ihnen übergebe; sie vertheilen sie danach unter die Kameraden. Rechnen werden wir später!“

Kasseneur sprang vor, um zu protestiren; und Stephan versuchte seinerseits das Wort zu ergreifen, um seine Absicht anzubringen. Eine große Verwirrung entstand. Levaque hieb mit den Armen um sich, als wenn er sich schlagen wollte; Mathieu sprach, ohne daß Jemand ein Wort vernommen konnte, und Souvarine schlug mit beiden Fäusten auf den Tisch; um Bludart zu helfen, die Ruhe wieder herzustellen. Aus dem Tumult aber stieg ein rother Ziegelhaub empor, durchdrängt vom Schweiß der Grubenmädchen und Arbeiter, die hier gelangt hatten.

Plötzlich öffnete sich wieder die kleine Thüre, die Bludart

Zur Fr...
18. oder
des preu...
am 15.
Die M...
wie d...
nicht v...
stehende Ra...

Dem B...
nehmen w...
Es
Einnahme
1000
von Kauf...
bedeuten
nehmen
vollg...
nicht nach
schickl...
dem Kreis
gemeinen u...
wobei eine
Anspruch
in R...
186
u. Schüren
trauten Go...
aber 329
einigen die...
die Strafe a...
den unter p...
bleibender...
in Fällen i...
nicht en...
während Herr...
die Schulde...

Um f...
sozialdemoc...
bestimm...
bestimm...
den C...
gründl...
die Verant...
die Verant...
die Verant...
Zerören u...
auch (son...
dieser Rie...
Kammer h...
zwischen P...
die Verant...
Rath für d...
Ständen hat...
sich nicht w...
eine K...
Wahlrecht) u...
angegeben:
von der Wo...
meist man...
um Umfän...
den die Ver...
sich abhän...
sozialdem...
komitee hat...
nach Ver...
entzogen v...
einem em...
sowenigen...
welchem G...
gang der so...
sozialdem...
starkens d...
wichtig hat...
weiches d...
stichtags...
programm t...
es, in welch...
ersteren...
Ständehel...

Es war...
die W...
weisen ih...
im parlam...
und habe...
Kammern h...
bezeichnet...
„Ganz un...
aber bei ih...
Wahl, nach...
von...
wäre ab...
wäre der...
wären: si...
über den...
Streich...
nennung p...
belegierten...
stimmten.“

So w...
über der...
Die W...
wäre, weld...
wären er...
wäre und...
Wahl und...
Levaque h...
wäre er den...
wäre den...
wäre den...
Wahl un...
die Lid...
die Red...
den Gend...
denen Dau...

Agere und
der Polizei
ann keine
Ja selbst
zweilen noch
er im Einzel
des 11. ver
Wenn bei
steht, so ist
in den Ver
welcher den
Mitglieder der
er, entrückt
im Hofplatz
ere es, wenn
groben An
entlicher Ber
heit, wie die
Land" be
der Politik
ssen: "Koh
n haben in
Auslösungen
des Gesetz
der Sozial
für ungerich
genannten
boren unter
Kloster u. J.
Verfahren
einer Ber
ur dann er
Bestrafungen
und Gefäng
enso ist bei
O. nur dann
gerechtfertigt
erung solcher
ist. Nur dass
der Sozial
aufrechter
lichkeiten der
me eine so
chaftsform
ten Polizi
Geschichte des
es verlässt
der hiesigen
Goldat, ob
seitens der
t dieses Be
einige Bl
o anstalt
d der Deut
vor dem
halb Dage
den Gemein
rei oder
gen, was be
siffa sind be
en Tümen
selbst an
terbare
Stimmen
sich Bar
sich Gebü
sich be
die einfluss
in bilden be
okrate, so
die Partei
noch nie
werden mit
d der Stam
entzung die
wichtige Re
nicht wolle
end W
en w
in? Durch
Aufmerksamkeit
erfolgt ist,
asto der

Zur Frage des Wahltermins schreibt die „Kölnische Zeitung“, welche über solche Absichten der Regierung gut unterrichtet zu sein pflegt, schlankweg: „Gelingt es, den Etat bis am 18. oder 19. Dezember fertig zu stellen, so dürften die Wahlen allerdings bereits in die erste Hälfte des Januar fallen, da es wünschenswerth erscheint, sie vor dem Zusammenbruch des preussischen Landtages, der verfassungsgemäß spätestens bis zum 15. Januar erfolgen muß, vollzogen zu sehen.“ Die „Magdeburger“, die mitunter aus derselben Quelle schöpft wie die „Kölnische“, behauptete gestern, daß die Wahlen nicht vor Mitte März stattfinden würden. Die Herren Abgeordneten verbreiten also, wie es scheint, geflüßelt irrende Nachrichten.

Rußland.
Dem Berichte des Justizministers Manassein für 1886/87 entnehmen wir folgende Zahlen, die allgemein interessant sein dürften: Es wurden in den beiden Jahren zusammen wegen Teilnahme an der sozialrevolutionären Bewegung 1424 Personen (1090 Männer und 334 Frauen), sowie wegen geringerer, hauptsächlich strafrechtlichen Handlungen in Verbindung stehender Verbrechen 1548 Personen zur Verantwortung gezogen, also zusammen 2972 Personen. An 6 Personen ist die Todesstrafe vollzogen worden, 31 Personen wurden zu Zwangsarbeiten nach Sibirien, 4 zur Anstaltung in Sibirien verurteilt. Ferner waren im Prozeß des „militär-revolutionären Kreises“ von den angeklagten 18 Offizieren 17 zu Arresten und Matrosen degradirt worden und 1 Offizier wurde einer Disziplinarstrafe unterworfen, ohne seines Offiziersrangs verlustig erklärt zu werden. Fünf Ausländer, welche in Rußland ergriffen worden waren, wurden ausgewiesen, 136 Personen wurden auf administrativem Wege nach Sibirien, 118 nach West-Sibirien und 113 in die entlegenen Gouvernements des europäischen Rußlands verbannt. Über 329 Personen wurde Gefängnißstrafe verhängt, wobei die Zeit, welche sie in der Voruntersuchung abgesehen, als Strafe angerechnet wurde, und 255 Personen endlich wurden unter polizeiliche Aufsicht gestellt. Was die dann noch Verbleibenden von jenen 2062 Personen betrifft, so war in 24 Fällen die Untersuchung am 1. Januar 1888 noch nicht abgeschlossen und das Schicksal der an denselben Verheiligten noch nicht entschieden, während ein anderer Theil der zur Untersuchung Herangezogenen frei ausging, da die Untersuchung ihre Schuldlosigkeit ergab.

Holland.
Am 21. November. In Holland hat die sozialdemokratische Bewegung in den letzten Jahren einen bedeutenden Aufschwung genommen. In einer großen Anzahl von bestehenden politischen Vereinen haben die Sozialdemokraten die Oberhand gewonnen und neue Vereine sind von ihnen gegründet worden, während in allen Städten Fachvereine zur Vertretung der Arbeiterinteressen sich angelegen ließen. Am bemerkenswertesten ist es aber, welche starke Fortschritte die Bewegung auch in kleinbürgerlichen Kreisen, unter den Lehrern und Subalternbeamten gemacht hat. Fängt sie doch auch schon an, sich der Landbevölkerung zu bemächtigen. Domela Nieuwenhuis verlor seine Wahl in die zweite Kammer hauptsächlich dem Anmachern der sozialdemokratischen Partei in seinem ländlichen Wahlkreise. Die stärkste der bestehenden Organisationen ist die sozialdemokratische Partei für die Niederlande, welcher Abtheilungen in fast allen Städten hat und durch einen erwählten Generalkonvent im Haag geleitet wird. Denselben ist eine Propaganda- und Streikliste, welche die Lohnhöhe und achtstündige Arbeitszeit, die bei der Vollendung des Parteigebäudes in Amsterdam erlangt man einen großen Aufschwung der Propaganda. Von den Umtrieben der Bewegung unter den kleinen Beamten sind die Bestrebungen der geheimen Organisationen der niederen Dienstleistungen, Lokomotiv- und Zugführer, Schaffner, Wagenwärter und Weichensteller Zeugnis ab. Das betreffende Komitee hat lezt hin schon verschiedentlich die Aufmerksamkeit der Herausgeber von Korrespondenzen, sowie durch Verbreitung von Flugblättern auf sich gezogen. So ist in der Provinz eines Manifestes ein Flugblatt unter die Eisenbahnbediensteten der verschiedenen Gesellschaften verbreitet worden, in welchem zum baldigen Anschluß an eine große Fachvereinigung der sämtlichen Unterbeamten der niederländischen Eisenbahngesellschaften aufgefordert wird, damit die Vereinigung bis spätestens den 1. Januar 1890 völlig organisiert dastehet. Gleichseitig hat das geheime Komitee ein Programm aufgestellt, welches die bekannten Forderungen hinsichtlich des Normallohns, Erhöhung der Löhne u. dergl. mehr enthält. Diesem Programm schließt sich ein Aufruf an das niederländische Volk an, in welchem die Mitwirkung desselben zur Verwirklichung der Forderungen und Erlangung der lange unterdrückten Rechte der Eisenbahnbediensteten gefordert wird.

Diese füllte sie mit ihren breiten Hüften und ihrer großen Brust aus und rief mit lauter Stimme: „Schweig doch, zum Teufel, die Gendarmen sind da!“ Es war der Polizeikommissar, der etwas spät eintraf, um die Versammlung aufzulösen; vier Gendarmen bestanden ihn. Die starke Frau hatte seit fünf Minuten mit ihm parlamentirt, antwortend, sie sei bei sich zu Hause und habe das Recht, ihre Freunde zu versammeln. Die Beamten hatten sie schließlich bei Seite gedrängt, und sie war herbeigekommen, ihre „Kinder“ von der Gefahr zu benachrichtigen. „Nun müßt hier durch entfliehen“, fuhr sie fort, „sonst wer den verdammten Gendarmen bewacht den Hof, aber ich thut nichts, mein Holzstall mündet in die kleine Gasse, nach Schnell!“ „Nun hieb der Kommissar mit der Faust an die Hauptthür und drohte, er werde sie einschlagen lassen. Im Saale herrschte der Trubel. Aber man konnte doch nicht so weglaufen; sie hatten ja noch nicht einmal gestimmt, weder über den Beitritt zum Verband, noch über die Fortsetzung des Streiks. Endlich kam Pluchart die Idee einer Abwanderung per Affirmation. Alle Arme erhoben sich. Die Delegirten erklärten, daß sie für die abwesenden Kameraden stimmten. So wurden die zehntausend Arbeiter von Ronsjou Mitbewerber der Internationale. Die Witwe Desir stellte sich jetzt vor die große Saalthüre, welche die Kolbenschläge der Gendarmen hinter ihrem Rücken erschütterten, und die Arbeiter sprangen über die Thüre und entwichen durch die kleine Thüre, durch die Pluchart lief dicht hinter ihm; er dachte nicht mehr daran, was er den Wirth vorher beschimpft hatte, sondern spekulierte vielmehr darauf, daß ihm Jener vielleicht einen Schoppen Wein weibe, damit er sich wieder erholen könne. Stephan Pluchart und Sowarine; denn sie setzten ihre Ehre darein, als die Thüre aus dem Saale zu gehen. Raum waren sie, als die Thüre geschloß, da sprang die Saalthüre auf; doch die Gendarmen fanden Niemand mehr, als die dicke Wirthin, deren Bauch ihnen den Weg versperrte. (Fortf. folgt.)

Parlamentarisches.

Die Reichstagskommission für das Sozialistengesetz legte vorgestern Abend die Beratung über § 24 der Vorlage (früher 28, betreffend die Ausweisungsbefugniß der Regierung) fort. Zunächst erhielt das Wort Abg. Nobbe (Reichspartei): Es erscheine ihm nicht unmöglich, daß man, als Vermittelungsorschlag, die Gewährung des Gesetzes in seinen übrigen Theilen auf die Dauer, und betreffend der Ausweisung nur auf Zeit beschleße. Er werde in erster Lesung für den § 24 stimmen, obwohl er die schweren Nachteile der Ausweisung nicht verkenne. Namentlich würden durch eine gute Handhabung der Ausweisungsbefugniß, wie sie gegenwärtig zu erwarten sei, die Nachteile zu vermeiden sein. Obnehin würde auch bei Annahme des § 24 auf die Dauer der Reichstag durch den vorgelegten Rechenschaftsbericht in die Lage kommen, wieder über die jetzt vorliegenden Fragen zu diskutieren. Abg. Windthorst (Zentrum) bezeichne seine Erklärungen und die seiner politischen Freunde als nur eventuelle. Er habe sich früher für Ermäßigungen verwendet; aber selbst mit den jetzt vorgeschlagenen Milderungen könne er das Gesetz auf die Dauer nicht bewilligen. Früher sei er bereit gewesen, in Bezug auf die Ausweisung für Berlin eine Ausnahme zuzugestehen, jetzt könne er diese nicht mehr zugeben. Man wisse auch nicht recht, was eigentlich die ernsthafte Willensmeinung der verhandelnden Regierungen und der Reichsparteien sei. Deshalb müsse er eine negative Stellung einnehmen, obwohl er die sozialdemokratischen Bestrebungen für höchst gefährlich halte. Minister Herrfurth verwahrt die Regierung gegen den Vorwurf, daß sie eine bestimmte Erklärung darüber nicht abgegeben habe, ob sie bestimmt an der Vorlage, namentlich an der Ausweisung, festhalte; er habe ausdrücklich erklärt, daß er auf die Annahme der Vorlage und auch der Ausweisung bestehen müsse. Freilich sei der § 24 nicht von größerer Wichtigkeit, als die Paragraphen über das Verbot von Druckschriften und Versammlungen. Mit einer Ausnahme für Berlin sei nichts geholfen, eine solche Ausnahme würde prinziplos sein. Die Ausweisungsbefugniß sei wichtig, auch wenn sie nicht ausgedehnt würde. Gegen Mißbrauch der Befugniß sei die Rechtskontrolle gegeben und die Nothwendigkeit der alljährlichen Prüfung und Entschliebung über Erneuerung der Ausweisung. Abg. v. Kleist-Rehew (konf.) protestirt gegen die Inflationen, die Abg. Windthorst den Parteien der gegenwärtigen Mehrheit untergeschoben. Arbeiterchutz und Kirche allein genügt nicht gegen die Sozialdemokratie; die Mittel des Sozialistengesetzes seien gegen sie nothwendig. Innerlich haben sich die Sozialdemokraten nicht geändert, sie erheben ihre alten Ziele mit den alten Mitteln. Zwischen Sozialdemokraten und Anarchisten ist kein Unterschied, mindestens sei derselbe flüchtig. Es müsse ein energisches Mittel gegen die Agitatoren geben, er wisse kein anderes als die von der Regierung verlangte Ausweisungsbefugniß. Abg. Dr. Wuhl (natlib.): Er habe für sich und seine politischen Freunde bereits die Erklärung abgegeben, daß sie sich nicht dazu entschließen könnten, die Befugniß zur Ausweisung als dauernde Institution zu bewilligen. Er verkenne keineswegs die eminente Gefahr der Sozialdemokratie und wie nothwendig deren energische Bekämpfung sei. Die Zweckmäßigkeit der gesetzlichen Maßregeln gegen die Umsturzbestrebungen in der Presse, in Vereinen und Versammlungen sei außer Zweifel. Die Ausweisung aber bringe schwere Nachteile mit sich. Bezüglich der Zweckmäßigkeit dieser Maßregel und ihrer Handhabung müsse wenigstens die Kontrolle und die zeitliche Beschränkung der Ausweisungsbefugniß Schutz bieten. Als dauernde Institution könne sie keinesfalls bewilligt werden. Abg. Reichensperger (Z.) behält sich die Entscheidung vor, ob schließlich dem Gesetz in irgend welcher Form zustimmen sein würde. Abg. v. Hellendorff (L.) führt aus, die Sozialdemokraten hätten nur ihre Taktik geändert, eine Trennung von den Anarchisten sei nicht erfolgt. Die Ausweisung bringe ja die Möglichkeit erheblicher Nachteile mit sich, aber sie wirke erziellich, wenn sie zunächst nur angedroht werde, und sie biete Schutz, wenn ein gewaltsamer Ausbruch in einem Orte unmittelbar bevorzustehen scheint. Abg. Windthorst (Zentrum): Es sei nicht ausgeschlossen, daß er es sich noch überlege ob das Gesetz nicht ohne die Ausweisung etwa auf zwei Jahre bewilligt werden könnte. Wollte man das Gesetz ohne beschränkte Zeitdauer, so sage er absolut nein, wolle man die Ausweisung fallen lassen und das Gesetz für die Dauer geben, so sage er auch nein. In dem gemeinen Recht seien zur Genüge die Mittel vorhanden, den sozialdemokratischen Bestrebungen wirksam entgegenzutreten, und außerdem müsse der Kirche mehr Spielraum gelassen werden.

Hierauf wird zur Abstimmung geschritten. Zunächst wird ein Antrag Reichensperger angenommen, im § 24 in dem Satz: Personen, von denen eine Gefährdung der öffentlichen Sicherheit oder Ordnung zu besorgen ist u. s. w. die Worte „oder Ordnung“ zu streichen; sodann wird der abgeänderte § 24 und damit die Ausweisungsbefugniß gegen 8 Stimmen (der Konservativen) abgelehnt.

Gegen § 29 des zeitlichen (§ 25 der Novelle) Gesetzes: Welche Behörden in jedem Bundesstaat unter der Bezeichnung Landespolizeibehörde, Polizeibehörde zu verstehen sind, wird von der Zentralbehörde des Bundesstaates bekannt gemacht, erhebt sich kein Widerspruch.

Zu § 30 (Weltungsdauer) beantragt Abg. Frizen (Ztr.), das Gesetz nur auf 2 Jahre zu bewilligen und außer dem einen Zusatz, wonach die auf Grund der §§ 22, 24 und 29 getroffenen Anordnungen, insoweit sie gegen Inländer gerichtet sind, außer Kraft treten. Die beiden Anträge Frizen werden abgelehnt und die Regierungsvorlage, wonach das Gesetz ein dauerndes sein soll, mit 17 Stimmen angenommen.

Hierauf begründet noch Abg. Rintelen (Zentrum) seinen besonderen Antrag, bezw. Gesetzentwurf, welcher prinzipiell das preussische Vereins- und Versammlungsgesetz auf das Reich übertragen will. § 1 dieses Gesetzes wurde gegen 2 Stimmen (Rintelen und Mundel [of.]) abgelehnt und damit der ganze Antrag als erledigt angesehen.

Die nächste Sitzung der Kommission, in welcher in die zweite Lesung eingetreten wird, ist auf Dienstag Abend anberaumt.

Elberfelder Sozialistenprozeß.

4. Tag der Verhandlung.
Der Präsident verkündet die Ablehnung des Antrages der Verteidigung auf Verzicht auf die Verlesung der Beweisküde, ebenso die Ablehnung der Dispensirung einzelner Angeklagten von der persönlichen Anwesenheit bei der Verhandlung. Wenn Angeklagte wegbleiben wollten, empfehle es sich, daß diese sich mit der Verteidigung in Verbindung setzen.
Die Verteidigung erklärt Namens sämtlicher Angeklagten, die in der Anklage angezogenen Stellen des „Sozialdemokrat“, so weit ihr Wortlaut stimmt, ohne Verlesung anerkennen zu wollen.
Polizeikommissar Billing, der im Zuschauerraum anwesend ist, muß auf Antrag der Verteidigung, weil er Zeuge ist, den Saal verlassen.

Es wird in der Verlesung von Artikeln des „Sozialdemokrat“ fortgefahren.

Bebel erklärt, daß die Unterschrift eines Artikels „Die Parteivertretung“ unrichtig sei; dieser sei von einer einzelnen Person, die nicht befugt ist, die Unterschrift zu zeichnen, ausgegangen und nicht von der Fraktion. Die Fraktion hat nie unter dem Titel „Die Parteivertretung“ Erklärungen abgegeben.

Grillenberger erklärt, daß weder er, noch Harm oder Schumacher damals der Fraktion angehört habe.
In der Verlesung aus Nr. 49 (1890) des „Soz.“ wird fortgefahren; es folgt dann der Jahrgang 1881, beginnend mit Nr. 9. In Nr. 16 erläßt der Abgeordnete Bebel eine Warnung.

Bebel erklärt diesen Artikel veröffentlicht zu haben, damit nur eingeschriebene Briefe an ihn gefandt werden.
In Nr. 15 steht ein Artikel über die Agitation im Militär. Der Staatsanwalt beantragt den Ausschluß der Öffentlichkeit.

Die Verteidigung widerspricht, da die wenigen Anwesenden wohl nicht durch die Verlesung ausgereizt würden. Das Gericht beschließt den Ausschluß der Öffentlichkeit. Nach Wiederherstellung der Öffentlichkeit wird in der Verlesung des „Sozialdemokrat“ fortgefahren. Es handelt sich um Warnungen vor gewissen Personen. Dann kommt die im Jahre 1883 im „Sozialdemokrat“ veröffentlichte „Schwarze Liste“ zur Verlesung.

Bebel: Daß die „Schwarze Liste“ von der Expedition des „Sozialdemokrat“ herausgegeben wird, wird gerade durch diesen Artikel bewiesen.

Ein Artikel aus Nr. 31 (1884) wird erwähnt.
Bebel: Die Aufforderung zu einer Zusammenkunft im Kreise Teltow wurde der Expedition eingeschickt.

Die Verteidigung: Daß Ort und Zeit der Versammlung durch die Expedition zu erfahren waren, ist ebenso, wie wenn ein verlornener Regenschirm dort zu erfragen wäre.
Bebel: Eine Organisation im Kreise Teltow war nicht vorhanden.

Zu den weiteren Artikeln bemerkt Bebel, daß er sich nicht um jeden einzelnen Fall von Unterstützung kümmern könne.

Im Jahrgang 1881 findet sich eine Mahnung, worin die Verwaltung eines bestimmten Ortes als nachlässig bezeichnet wird. In einem weiteren Artikel wendet sich die Redaktion des „Sozialdemokrat“ gegen die Fraktion; einzelne Mitglieder derselben, Blos und Haseclever, hätten aus Opportunitätsrücksichten den „Sozialdemokrat“ desavouirt. Das Organ dürste nicht verleugnet, nur könnte eventuell der Redakteur abgesetzt werden.

Bebel: Die Fraktion hatte nach dem Wyden Kongreß einigen Einfluß auf den „Sozialdemokrat“; das Maß desselben war nicht festgestellt. Die Staatsanwaltschaft hätte auch meine Erklärung im Reichstag gegen Bittlamer anziehen sollen, wonach wir erst bei Ankunft des Blattes Kenntniß von dessen Inhalt erhielten, für den die Fraktion nicht verantwortlich gemacht werden kann.

Der Staatsanwalt: Es handelt sich darum, festzustellen, ob die Fraktion den Redakteur anstellt.

Bebel: Es heißt in dem Artikel, daß die Partei den Redakteur anstellt. Der Artikel „Deutschland“ ist nicht von der Fraktion. Die Unterschrift „Parteivertretung“ ist keine Fälschung, sondern ein Mißbrauch. Wir hätten wohl sagen können, der Redakteur muß entsetzt werden; es hätte sich dann aber gefragt, was die Eigentümer des Blattes gethan hätten. Als wir einen bestimmenden Einfluß ausüben wollten, entstand ein großes Hallo in der Partei. Die Redaktion hat meine Ausführungen im Reichstag als korrekt anerkannt.

Die Verteidigung bemerkt, daß die meisten Angeklagten die Artikel wohl gar nicht gelesen hätten.

In der Verlesung wird fortgefahren; es folgt eine Erklärung im „Soz.“, wodurch dieser zum offiziellen Organ erklärt, aber die Verantwortlichkeit für die einzelnen Artikel abgelehnt wird, unterzeichnet von den damaligen Abgeordneten.

Bebel: Der „Sozialdemokrat“ sollte ein Spiegel des Parteilebens sein.

Es werden Notizen über den Archivfonds angeführt, andere wegen Dedressen nicht. Dann wird ein Aufruf verlesen (Nr. 28, 1892), in welchem von prompter Abrechnung der Vertrauensleute gesprochen ist. Dann kommt der Aufruf wegen Abnahme von Antheilscheinen an der Druckerei des „Sozialdemokrat“, die von den bekannten Vertrauensleuten in der Schweiz zu beziehen seien.

Bebel: Wir hatten kein Bedenken, den Aufruf zu unterzeichnen. Antheilscheine wurden verschiedentlich ausgegeben.

Ueber das Verhalten vor Gericht wird ein Artikel des „Sozialdemokrat“ verlesen; es sind darin Vorsichtsmahregeln angegeben. Vor Aufbewahrung des „Sozialdemokrat“ in der Wohnung wird gewarnt.

Bebel: Die „Winkel für die Agitation“ stehen nicht im Zusammenhang mit dem Artikel; es ist nur eine Sammlung von vereinsgesetzlichen und strafrechtlichen Bestimmungen.

Von Geldsammlungen spricht ein Artikel in Nr. 46 und von dem Verhalten vor Polizei und Gericht Nr. 47 des „Sozialdemokrat“. Es wird vor dem Weineid gewarnt und die Verweigerung des Zeugnisses empfohlen. Dann folgt eine Notiz, betreffend die Abrechnung mit den Orten.

Bebel: Es ist sehr natürlich, daß die Expedition nicht einzelne Personen nennen kann.

Die Einladung zum Kopenhagener Kongreß ist von Redaktion und Expedition des „Sozialdemokrat“ unterzeichnet. Die Namen der Vertrauensleute sollen in die Schweiz geschickt werden.

Bebel: Ich konstatire, daß die Vertrauensmänner eigens für diesen Fall gewählt wurden und keine feststehende Einrichtung ist. Es kann sich höchstens um Vergehen gegen das Vereinsgesetz handeln, nicht um geheime Verbindung. In den Vorbereitungen zum Kongreß war ich nicht betheiligt, weil ich damals im Gefängniß war.

In einem weiteren Aufrufe wird von den Kongreßdelegirten eine Vollmacht verlangt. Es werden weitere Artikel verlesen, die sich auf den Kongreß beziehen, ferner ein Auszug aus dem Kongreßbericht in Nr. 15, 16 und 17 des „Soz.“ von 1883.

Bebel: Nur die Delegirten wurden zugelassen, die von einer größeren Anzahl Personen ein Mandat hatten.

Die Verteidigung: Alle anderen Parteien verfahren in gleicher Weise.

Bebel: Die „geheime Organisation“, wenn sie bestünde, würde ja einen öffentlichen Aufruf unnöthig machen. Wer ein von zwei bekannten Parteigenossen unterzeichnetes Mandat hatte, wurde zugelassen.

Die Verlesung wird fortgesetzt.
Bebel: Die Revision der Kasse und der Bücher des Unterstüßungsfonds wurde in Zürich vorgenommen. Verschiedene reiche Leute, die als Geber in den Büchern stehen, wollen nicht get-unt sein. Die Revisoren wohnten in Zürich.

Fortsetzung der Verlesung.
Bebel: Eine Konferenz fand nur einmal statt; es ist eine Zusammenkunft der Fraktionsgenossen.

Fortsetzung der Verlesung.
Bebel: Es ist erklärlich, daß Wünsche und Anträge vorlagen auf Schaffung einer Zentralisation der Partei. Ich habe mich dagegen erklärt, weil in 14 Tagen die Polizei Kenntniß der Organisation, die sich über ganz Deutschland erstrecken würde, erhalten und dieselbe auflösen würde.

Die Verlesung wird fortgesetzt. (Es handelt sich um die Besprechung über den „Sozialdemokrat“.)

Bebel: In die Geschäftsbücher des „Sozialdemokrat“ hatte Niemand von uns Einblick; ein Zürcher Genosse konstatierte deren Richtigkeit. Die Revision wird jedenfalls von den Mitteilern hienieden ausgeführt.

Fortsetzung der Verlesung. Der Kongressbericht ist beendet und es werden andere Artikel vorgelesen. (Nr. 41 von 1883.) Dann wird die „Schwarze Liste“ im „Sozialdemokrat“ erwähnt. (Nr. 35 von 1885.)

Bebel: Nur Redaktion und Expedition des „Soz.“ haben die Liste herausgegeben. Sie soll ja nicht einem Einzelnen gehören, sondern an jedem Orte bekannt werden. Der Vertrauensmann des „Soz.“ wird sie also seinen Parteifreunden mittheilen müssen.

Ein Exemplar der „Schwarzen Liste“, das bei Grimpe gefunden worden, wird vorgelegt.

Auf Wunsch Grimpe's wird konstatiert, daß keine Eintragungen von ihm herrühren.

Bebel: In der Liste sind Leute aus aller Herren Länder verzeichnet.

Durch den Präsidenten wird dies konstatiert. Die Einleitung der Liste wird verlesen.

Grimpe macht auf den Schlußpassus aufmerksam, wonach die Fraktion nichts mit der Liste zu thun gehabt hat.

Bebel: Der Ausdruck „Parteivertretung“ kommt vom Wölbener Kongress her; es ist die Fraktion.

Es tritt eine Pause von 20 Minuten ein.

Berichtigung: In unserer gestrigen Nummer, dritter Verhandlungstag, ist statt des Angeklagten v. Schumann (Stuttgart) irrtümlich v. Scheim gesetzt worden.

Soziale Uebersicht.

In die Federarbeiter Berlins! Kollegen! Euch allen wird bekannt sein, daß in einer großen Anzahl Werkstätten die Lohnbrücker einen Umfang angenommen hat, der mit der Zeit zu ganz haltlosen Zuständen führen muß. Die Unterzeichneten fühlen sich verpflichtet, die an sie ergangenen Nachrichten über Fabriken, in welchen dergleichen Mißstände vorgefallen sind, der Öffentlichkeit zu übergeben und Euch vor Eintritt in solche Geschäfte zu warnen. Die Kollegen der Firma L. Simonsohn, Köpenickerstr. 71a, haben die Arbeit eingestellt, da sie mit den daselbst gezahlten Preisen nicht auskommen können. Der wöchentliche Verdienst der betreffenden Kollegen betrug bei normaler Arbeitszeit 8 bis 15 M. Bei einer Ueberarbeit von täglich 2 Stunden betrug der höchste Verdienst 18 M. Wir glauben im Interesse der gesammten Kollegschaft zu handeln, wenn wir auf dergleichen Mißstände aufmerksam machen, und geben uns der Hoffnung hin, daß sich sämtliche Kollegen darnach zu richten wissen und für benanntes Geschäft keine Arbeit ausführen werden. Im Auftrage der Fünfzehner-Kommission: R. Dahn, S. Kessel, R. Wunsched.

Versammlungen.

Verband der deutschen Gold- und Silberarbeiter und verwandter Berufsgenossen. Mitgliedschaft Berlin. In

ber am 14. November, Abends 9 Uhr, im Restaurant „Zur Fein, Alte Jakobstr. 75, stattgefundenen Versammlung, welcher außer zahlreich besuchter war, hielt Herr Frey Jubel einen sehr viel Beifall ausgenommenen Vortrag über die Koalition der recht. Zu Punkt 2, Diskussion, sprachen sich die Herren Hennig, Faber, Lindow, Lindemann und Holtkamp in ihren Worten über Verbandsangelegenheiten aus. In den darauffolgenden Ausführenden wurden gewählt die Herren (Ehren) Klein, Lindow, Martin, Münnich, Lindemann und Strauß als Ersatzmänner die Herren Wolf und Runge. Auf Antrag des Herrn Klein werden dann drei Mitglieder zur Revision ernannt, welche die Herren Holtkamp, Hennig und Davidshäuser. Sodann beschließt die Versammlung bei dem Kollegen Reich, Prinzessinnenstraße 31, im Pianogeschäft, eine Zahlstelle, woselbst auch das Fachblatt entgegengenommen werden kann, einzurichten. Nachdem der Vorstand mitgeteilt, daß die nächste Mitgliederversammlung am 4. Dezember, in Feuerstein's Lokal stattfindet, schließt die Versammlung.

NB. Den Berliner Kollegen, welche aus irgend einem Grunde dem Verband nicht beitreten können, denselben durch Abonnement auf das Verbandsorgan „Der Goldarbeiter“ unterstützen wollen, zur Nachricht, daß die Zahlstelle folgende Abonnements-Annahmestellen errichtet hat: D. J. SO., Köpenickerstraße 56; Brückner, SO., Mariannenstraße 1. Klein, SO., Lübbenerstraße 28; R. Holtkamp, S., Prinzessinnenstraße 16; L. Hennig, Holzmarktstraße 8.

Theater.

Sonnabend, den 23. November.

- Spernhaus.** Lohengrin.
- Schauspielhaus.** Die Räuber.
- Deutsches Theater.** Nächstenliebe.
- Leistung-Theater.** Der Jaungast.
- Berliner Theater.** Die Nibelungen.
- Friedrich-Wilhelmstädtisches Theater.** Der Polengraf.
- Königs-Theater.** Schwiegermama.
- Wallner-Theater.** Verfolgt! Vorher: Der Herr von Lohengrin.
- Viktoria-Theater.** Stanley in Afrika.
- Grand-Theater.** Melidoni, ein Heldensohn Griechenlands.
- Schaubühne-Theater.** Der Zauberlehrling.
- Königsstädtisches Theater.** Der Trompeter von Säckingen.
- Central-Theater.** Leute von heute.
- Adolph-Grün-Theater.** Flotte Weiber.
- Sebr. Richter's Varietés.** Spezialitäten-Vorstellung.

Thalia-Theater, 15. Wallnertheaterstraße 15.

Täglich Theater- und Spezialitäten-Vorstellung. Erstes Auftr. des Instrumental-Humoristen und Komikers **Bendix jun.** Gr. Erfolg d. Liedersängerin **Frl. Condella**, der Duettistin **Kau & Gyl**, des Volks-humoristen **Wilh. Fröbel**, des Frosch-menschen **Vincenzo u. des Zauberknüll u. Jongleurs Herrn Schelkni.** **Entrée 30 Pf. Sonntags 64 Ubr.**

American-Theater, 1845, Dresdenstr. 55.

Täglich Vorstellung.

Coralien. C. v. d. Wordt, Granaten.

Gold- und Silberwaaren-Fabrikgeschäft, 1 Treppe 66, Oranienstraße 66, 1 Treppe, zwischen Kommandantenstraße und Moritzplatz. **Billiger wie in jedem Laden.**
Massiv goldene Ringe von M. 3,- an
Trauringe (1 Dufaten) Mark 11,-
(2 Dufaten) 21,-
Goldene Broschen von M. 5,- an
Golddouble-Retten auf Silber 6,50
Goldene Ohrringe 2,-
Simili-Ohrringe i. Gold gefakt 3,-
Echte Corallenketten 2,50
Echte Corallenbroschen von M. 1,50 an
Corallenarmbänder 2,40
Golddouble-Armbänder auf Silber 4,50
Golddoublebroschen auf Silber 3,-
Damen- und Herren-Medaillons (Gold double auf Silber) 4,50
Telephon 9356/IX.
Ferner größte Auswahl goldener Herren- u. Damenketten, Armbänder, Halsketten, Granat- und Silberketten jeden Genres. Lager in Alfénide. **Reparaturwerkstätte. Uhren.**

Circus Renz.

Karlstraße. **Sonntag, Sonnabend, den 23. November 1889, Abends 7 Uhr:**

Gala-Vorstellung

mit einem ausserwählten Programm unter Mitwirkung der Künstlerinnen u. Künstler 1. Ranges. **Novität:**

Im dunklen Erdtheil.

(Einnahme von Sagamono.) Große equestre Original-Pantomime, arrangirt und in Szene gesetzt vom Direktor **E. Renz.** Gefehtlich geschüt.

4fache Fahrschule, geritten von den Herren **Franz, Adolf und Oscar Renz**, sowie Herrn **William.** 3. 1. Mal: l'Ascension, großartige gymnastische Produktion auf dem 70 Fuß langen und 40 Fuß hohen Drahtseil von **Natalie Schumann** (noch von keiner Dame ausgeführt). Vorführen der 8 arabischen Schimmelhengste oder Concert Hippique von Herrn **Franz Renz.** Die Schulpferde **Beautifal und Lophus**, geritten von **Frl. Clotilde Vager.** **Morgen, Sonntag, Abends 7 1/2 Uhr: Große Extra-Vorstellung: Ufendbrödel.** **E. Renz, Direktor.**

Circus Busch.

Friedrich-Karl-Str. **Sonntag, Sonnabend, den 23. November 1889, Abends 7 1/2 Uhr:** 980

Gr. Gala-Parade-Vorstellung.

1. Mal: **Gherasmin**, orientalischer Degenk., in Freiheit dressirt und vorgeführt v. Direktor. 1. Mal: **Jeu de barre**, geritten von **Frl. Direktor Busch, Frl. Maria Doré und Frl. Zephora Goblewsky.**

Zum 14. Mal: **Fatme, die Rose von Tripoli,** Orientalische Original-Ausstattungs-Pantomime. (Gefehtlich geschüt.)

Volina, Prämien-Springpferd, springt über 3 große Herde. 1000 Mark demjenigen, der ein Pferd zeigt, welches den gleichen Sprung ausführt. **Doppel-Jockey** von **Frl. Maria Doré** und **Frl. Margerithe**. 5fache Postfabrik, ohne Fägel geritten vom Direktor. **Diophantus**, geritten von **Frl. Busch**. **Trampolin-Sprünge** mit einfach und doppeltem **Saltomoria** bis über 10 Herde. **Clown Tom-Tom** als **Reit-Clove.** **Clown Olfhansky** als **Springer** u. c. **Alles Nähere die Plakate.**

Vosses 1 Tr. 9 M. — 10 Uhr A. Kaiser-Panorama. **Palästinas** denkwürdige Stätten. III. Cyclus.

Reise Athen—Konstantinopel. VI. Abtheilung: **Pariser Weltausstellung.** Eine Reise 20 W., Kund nur 10 W. Abonn. 8 Reisen 1 M.

H. Präuscher's anatomisches MUSEUM

80/81 Kommandantenstraße 80/81. Täglich geöffnet für erwachsene Herren. **Montag und Freitag** Damen! **Entrée 50 Pf.** Vereinskarten gültig. 589

Berlin S., City-Passage, Laden 14.

Buchhandlung für Arbeiter.

34 Jahre besondert:
1. **Sämmtliche Werke** aus dem Verlage von **J. G. M. Ditz** in Stuttgart.
2. **Berliner Arbeiterbibliothek.**
3. **Alle für den Arbeiter** wichtigen Gesetze in den geschäftlichen Ausgaben.
4. **Religionsgeschichten.**
5. **Billige und gute Conversations-Bezüge** und Fremdsprachenbücher.
6. **Populäre naturwissenschaftliche Werke.**
7. **Modernere realistische Romane** und Dramen von: **Sola, Daubert, Soucourt, Kampassant, Mier, Hilderson, Aitiano, Strindberg, Krug, Gortberg, Dohjenski, Kallol, Kurzweil, G. Hauptmann, R. Knauth u. a. m.**
8. **Die Kasseiter.** **Schulbuchung gestattet.** Jedes Buch wird auf Wunsch schnell besorgt. **Einrichtung ganzer Bibliotheken** für **Wohnstätten.** **Berlin nach auswärts franco.** **Colporteurs** hoher **Salari.**

R. Baginski, Buchhandlung, City-Passage.

Zum Umzuge empfehle mein großes Lager in 197

Regulateuren

besten Qualität, in den feinsten und neuesten Modellen ausgeführt. **Einfache Regulateure** in **Ruhbaum-Gehäuse**, 8 u. 14 Tage gehend, schon von **12 M.** an. **Garantie bis zu fünf Jahren.** **Banduhren** nur **Faller'sche Werke** (das beste was existirt) von **3 M.** an. **Bestmögliche Standweder** mit **Antergang** von **3** Mark an. **Reichhaltiges Lager** in **goldenen** und **silbernen Herren- und Damen-Uhren.** **Beste Nickel-Remontoir** mit **Sekundenzeiger, Emaille-Zifferblatt,** **Kurzem Aufzug** und **Zeigerstellung** von **aufwärts 10 7/8 M.** **Getragene, silberne Zylinder-Uhren** von **5 M.** an. **Sämmtliche Neuheiten** in **Brillanten, Gold-, Silber-, Korallen- u. Granat-Schmuckstücken** zu **Fabrikpreisen.** **Goldene Jaccon- und Trauringe** v. **4 M.** an. **Bedeutende Reparaturwerkstatt** **Taschenuhr reinigen** . . . 1 M. 50 Pf. **do. neue Feder** . . . 1 . 50 **Banduhr reinigen** . . . 1 **do. m. Schlagw. reinig.** 1 . 50

G. Wagner,

Uhren- u. Goldwaarenfabrik, Berlin S., Oranienstraße 184, zwischen **Adalbertstraße** und **Heinrichsplatz.** **Prämirt auf vielen Ausstellungen.**

Den Genossen empfehle bei Bedarf mein

Herren- u. Knaben-Garderoben-Geschäft. **Wilh. Pahr,** **Elisabethkirchstraße 8** am **Pappelplatz.**

Profitieren Sie!

Wählen Sie

nirgend, ohne vorher die **riesigen Winter-Lager** beim **billigen Kleider-Palast** besichtigt zu haben; die Preise sind durchweg die **billigsten** wie bei der Konkurrenz. **Alle Artikel** sind auch für die **stärksten Baugfiguren** am Lager.

20 000 elegante Winter-Paletots, neuester Mode, in **Gr. Raffin-Kaufhaus** (sonst 30 u. 40 M.) jetzt nur **10, 12, 15, 18, 19 M.** **Prima 20 000 Winter-Paletots,** die denkbar besten und elegantesten (sonst 50, 60 u. 72 M.), jetzt nur **20, 21, 24, 25, 27, 30, 33, 35 M. hochfein.**

10 000 elegante Jacket- und Hodanzüge (auch **Kammgarn-Gesellschafts-Anzüge**) nur um der Konkurrenz die Spitze zu bieten, jetzt **10, 12, 15, 18, 20, 21, 24, 27, 30, 33, 35 M., hochfein.** **6000 Braut-Anzüge, 8000 Hosen** und **Westen, 8000 Schlafmäntel,** jetzt halb umsonst.

8000 Knaben-Winter-Paletots, 6000 Knaben-Anzüge und **Knaben-Kaiser-Mäntel** von **2-17 Jahren,** jetzt im **Ausverkauf** schon von **3 M.** an.

Gratis-Gaben

Elegante Hüte und **Regenschirme, Winter-Dandshuhe** und **Halstücher.** **Wochentags und Sonntags bis 10 Uhr Abends** geöffnet.

„Kleider-Palast“, Rosenthalerstr. 32

Ecke Sophienstr., Ekladen. 52 **Man achte genau auf 32 und Ekladen.**

Natur-Weine von **Oswald Nier** Hauptgeschäft **BERLIN** 25 Centralgesch. und 800 Filialen in Deutschland. **Ausf. Preis-Courant gratis & free.**

Alle naturlichen Weine sind ungegypstet **Trinken Sie also und fördern Sie** **die Gesundheit**

Alle naturlichen Weine sind ungegypstet **Trinken Sie also und fördern Sie** **die Gesundheit**

800 Winterpaletot,

Herrenanzüge, Knabenanzüge, Damenkleider, Kinderkleider, Schuhe und **Stiefel**, verkauft wegen **Aufgabe des Ladengeschäfts** für **jeden Preis** die **Pfandleihe, Prinzenstr. 66.** **Auch Sonntags bis 10 Uhr Abends** geöffnet.

Empfehle mein

Weiß- und Bairisch-Bier mit **reichhaltigem Mittag- und Abendessen**. **Gleichzeitig** empfehle ich meine **Veredelungs-Klubzimmer.** Um **freundlichen Zuspruch** zeichnet **ergerdest**

O. Preuss, **66. Gränthalerstrasse**

Viel billiger

wie bisher müssen, um das Lager zu räumen, eine große Partie **eleganter Damen- und Herrenmäntel** für die Hälfte des **Selbstkostenpreises** ausverkauft werden. **Regenmäntel** von **10 M.** an, **Winterpaletots** **5 M.**, **Winter-Paletots**, **hochlegant, 3 M.**, **Jackenmäntel** **7 M.** **Sonntags bis Abends** geöffnet.

L. Jacobus,

Große Frankfurterstraße 118. **Filiale: Gefundbrunnen, Badstr.**

Filz- und Seiden-Hüte

verste Waare zu **billigsten Preisen** bei **Rud. Beisse, Chausseest.**

Möbel, Spiegel u. Polsterwaaren

Cr. Lager, bill. Preise. **Emil Heyn,** **Brunnenstr. 28, Hof** **Thells, nach Uebereinst.**

Rob-Tabak, sämtlicher Sorten

Größte Auswahl, billigste Preise bei **G. Elkhuyzen, Mühlstraße 10.**

Als Werthpapier bis 31. Dezember 1889 aufzubewahren!!

Mendelssohnstr.

Total-Ausverkauf!!

Wegen Räumung des Geschäftslagers werden **sämmtliche Waaren** **bedeutend unter'm Preis** verkauft, wie:
Herren- u. Knaben-Paletots
Herren- u. Knaben-Anzüge
Damen- u. Mädchen-Mäntel
Teppiche, Vorleger, Gardinen, Läufer, Kleiderstoffe
Bettzeuge, Wäsche u. s. w. **u. s. w.** **Hochachtend** **W. L. Adomeit**

Parlamentsberichte.

Deutscher Reichstag.

21. Sitzung vom 22. November, 1 Uhr.
Am Tische des Bundesrats: Staatssekretär Graf Bismarck, Kriegsminister von Verdby de Bernois, Graf Hohenthal, von Marschall und Kadere.

Eingegangen ist der Gesetzentwurf, betreffend die Festsetzung eines zweiten Nachtrags zum Reichshaushaltsetat von 1889/90 (Ausgaben für Ostafrika).

Die Etatsberatung wird fortgesetzt mit dem Spezialetat des Auswärtigen Amtes.

Beim ersten Titel der Ausgaben „Gehalt des Staatssekretärs 50 000 M.“ ergreift das Wort

Abg. Richter: Ich habe schon ein ander Mal darauf hingewiesen, daß Meinungen aufgetaucht sind, als ob der Chef des Generalstabes die Politik des Herrn Reichskanzlers durchkreuze. Ich möchte deshalb an den Herrn Staatssekretär die Frage richten, ob irgend welche Anzeichen vorliegen, daß der Chef des Generalstabes beabsichtige, die Politik des Reichskanzlers in auswärtigen Dingen zu durchkreuzen. Sollte dies der Fall sein, so würde das Haus allen Anlaß haben, sich hiergegen zu verhalten.

Reichsminister Verdby de Bernois erwidert, er betrachte die ganzen Erscheinungen, welche sich in den letzten Monaten gezeigt haben, als frivol und für das Heer bedauerlich. Es sei frivol, Sachen zu erfinden, die nach unseren Begriffen nicht existieren und Offiziere hinein zu ziehen, um sie zu diskreditieren. Und frivol sei es, Offizieren unseres Heeres zu imputieren, daß sie irgendwie in Opposition zur Regierung der Majestät des Kaisers treten könnten. Er sehe nicht an, was gegenüber der Presse jeder Partei auszusprechen. (Beifall links.)

Staatssekretär Graf Bismarck: Ich pflichte durchaus dem Worten meines geehrten Kollegen bei. Da sich gezeigt hat, wie leicht sich Mythen bilden, so will ich bekräftigen, daß die Mythenbildung vorliegt. Die Politik des Reiches wird vom Kaiser geleitet, und Se. Majestät nimmt dabei nur von dem Rath an, die er dazu berufen hat.

Abg. Richter: Ich muß noch bemerken, daß von keiner Seite der unabhängigen Presse die Mythe aufgebracht worden ist, von keiner Seite der unabhängigen Presse, weder von der oppositionellen, noch auch von der unabhängigen konservativen Presse. Aufgebracht ist diese Mythe von der offiziellen Presse, von der Presse, die ihr weiches Papier nolens volens in der Hand der Regierung zur Verfügung stellt. Ich habe diesen Dingen mit der Fadel der Offenlichkeit ins Licht leuchten müssen, um den üblichen Einbruch zu verhindern, daß solche Dinge im Auslande machen müssen.

Der Titel „Staatssekretär“ wird jetzt bewilligt.
Bei Titel 2 und 3 (Forderung für die neue Kolonialverwaltung) hebt der

Staatssekretär Graf Bismarck hervor, daß sich die Verhandlungen innerhalb der denkbar engsten Grenzen bewegen.

Abg. Windthorst bemerkt, man müsse sich zunächst über die Ergebnisse der bisherigen Verhandlungen klar werden lassen. Sines Erachtens seien dieselben nicht gerade außerordentlich gewesen. Ferner scheine es ihm, als ob die Kolonisation in einer Weise erfolge, wie sie der Herr Reichskanzler früher abgelehnt habe. Weiter sei zu klagen über die Zurückhaltung der katholischen Missionen unter Ausrückung der Grundstücke der Kongos-Akte. So lange nicht diese Grundstücke zu Gunsten der katholischen Missionen endlich zur Geltung gebracht würden, so lange werde er gegen alle neuen kolonialen Verhandlungen stimmen.

Staatssekretär Graf Bismarck glaubt, nicht annehmen zu können, daß die Herren gegen die verlangten neuen Arbeitskräfte kommen würden, da die Geschäfte und die Gesundheit der jetzigen Angehörigen unter solcher Weigerung leiden müßten, sowie auch mit Rücksicht auf die Verantwortlichkeit vor den Wählern. Eine ausdrückliche Bestimmung über die Gleichzeitigkeit der Konfessionen in den Kolonien erweise ihm ebenfalls, daß eine ungleichmäßige Behandlung nie bestanden habe und Bestanden auch nie laut geworden seien.

Abg. Richter: Der Herr Staatssekretär rühmt die Bequemlichkeit der Neuforderungen in diesem Etat. In den meisten Staaten ist auch schon viel mehr gefordert worden, daß kein Wunder ist, wenn einmal Neuforderungen sich innerhalb etwas bescheidenerer Grenzen halten. Der Herr Staatssekretär sprach von unserer Verantwortlichkeit bei den Wählern. Hier handelt es sich doch nur um die Gesundheit eines Mannes in Berlin, während doch bei dieser Kolonialpolitik schon in viele Andere allein am Klima in Afrika zu Grunde gegangen sind. Ferner verwarf ich dagegen, daß man, wenn man die gegenwärtigen Forderungen bewilligt, daraus den Schluß ziehen, er sei für Errichtung eines selbständigen Kolonialamtes im Gegentheil, er wünsche, daß die kolonialen Dinge in möglichem engerem Zusammenhange mit dem auswärtigen Amte verbleiben. Es habe bisher schon der ganzen Geschichtlichkeit der Reichskanzlers bedurft, um ohne Schramme aus der bisherigen Entwicklung der Kolonialpolitik herauszukommen.

Der Abg. Windthorst irrt, wenn er glaube, daß die Missionen überhaupt Nutzen ziehen könnten. Früher waren die Missionen ein wichtiger Faktor der Kultur, jetzt sind sie vielfach zerstückelt unter der Einwirkung der Kolonialpolitik. Für Gleichstellung der Kolonialisten hat wir selbstverständlich.

Staatssekretär Graf v. Bismarck: Herr Richter hat, wie gewöhnlich, einige Umkehrungen meiner Worte beliebt. Von dem Kolonialamte ist gar nicht die Rede gewesen, nur von der Abtheilung, die keineswegs vom Auswärtigen Amt getrennt werden soll. Sodann habe ich gesagt, daß der Wähler sich über den Nachtheil hat, wenn aus Mangel an Beamten ein Fehler gemacht wird.

Abg. Windthorst: Der hier gestellten Mehrforderung weiche ich nicht widerstehen; aber auch ich lege Werth darauf, daß die Kolonialpolitik direkt unter der Verantwortung des Reichskanzlers steht. In Bezug auf die Mission hat mich der Herr Staatssekretär nicht überzeugen können. Auch ich halte die Verwendung deutscher Missionare in deutschen Schutzgebieten für richtig; aber ich fürchte, wir werden die nötigen Missionare in Deutschland nicht finden, da wir ihre Ausbildung in Kulturkampf unterbunden haben. Darum läßt sich jenes Verlangen nicht aufrecht erhalten. Endlich ist in der Erklärung des Reichskanzlers gesagt, die Missionen sollten unter der Aufsicht deutscher geistlicher Orden stehen. Die katholische Mission untersteht aber nur der Leitung der römischen Kurie. Ob diese Frage nicht erledigt, kann ich nicht beantworten. Wo aber die deutsche Flagge, der deutsche Name in Frage kommt, daß muß ich Herrn Richter mit Ihnen da dürfen wir nicht zurückweichen, auch unsere kolonialpolitischen Beziehungen müssen gepflegt werden. Das muß dem Schwert in der Hand kann man nicht koloni-

fieren, das ist Aufgabe der Kirche und Schule. (Beifall im Zentrum.)

Staatssekretär Graf v. Bismarck: Die ich Herrn Windthorst verstanden habe, ist es ihm freilich, ob katholische Orden überall in deutschen Kolonien zugelassen werden. Das würde zu sehen, wenn sich dieselben darum bewerben würden. In Ostafrika haben wir mit katholischen Missionaren gute Erfahrungen gemacht, sie würden ebenso in Kamerun, Togo oder anderswo zugelassen, falls sie sich eben darum bewerben wollten.

Abg. Hamnacher (nat.) wendet sich gegen den Abgeordneten Richter, indem er feststellt, daß die jetzigen Forderungen nicht präjudizierend seien für etwaige künftige Forderungen zur Einrichtung eines Kolonialamtes. Es fehle zur Zeit der Regierung an durchgebildeten Kräften für Behandlung der Kolonialfragen, deshalb sei die Absicht der Regierung zu billigen, er bitte, die Forderung zu bewilligen.

Abg. v. Frege (kons.): Ueber die Missionen sind uns seitens der Regierung in der Kommission solche Aufschlüsse gemacht worden, daß wir nur mit Dank anerkennen können, daß in Afrika völlige Parität in Bezug auf die Konfession besteht. Von Mißerfolgen ist nach den uns in der Kommission gewordenen Aufschlüssen in der Kolonialpolitik keine Rede, große Erfolge haben wir so rasch nicht erwartet. Es wäre kleinmüthig und der deutschen Nation unwürdig, deshalb unsere Kolonialpolitik zu verdammen. Leider zeigt unser Kapital in dieser Beziehung, wenn ich so sagen darf, eine Wasserleiche. Geld aber gehört auch zur Förderung der Missionen: Das Schwert zur Einrichtung der bürgerlichen Ordnung, das Kreuz zur sittlichen Erziehung! — Ich bitte, die Regierung durch Annahme der Titel voll und ganz zu unterstützen. (Lebhafte Beifall.)

Abg. Richter (fr.) fragt an, ob schon ein bestimmter Plan mit Bezug auf Einrichtung der Kolonial-Abtheilung besteht.

Staatssekretär Graf v. Bismarck erwidert, daß zur Zeit darüber etwas Genaueres noch nicht feststehe. Augenblicklich handle es sich gewissermaßen um eine Prüfungszeit, im nächsten Jahre würde sich wohl Gelegenheit finden, Näheres über die definitive Gestaltung der Kolonial-Abtheilung mitzutheilen.

Abg. Wörmann (nat.-lib.): Das Kapital ist bei überseeischen Unternehmungen weder zurückhaltend, noch zaghaft, wie in der Kommission gesagt wurde. Ich glaube eher, daß die im Ganzen nur geringe Unterstützung der deutschen Gesellschaften seitens der Regierung Schuld hat an dem langsamen Fortschreiten unserer Kolonialpolitik. Trotzdem können wir Mißerfolge in dieser Politik nicht anerkennen, man denke nur an Kamerun und Togo. Ich glaube, daß später uns Afrika noch großen Nutzen bringen wird. Uebrigens betheiligte sich das hanseatische Kapital an überseeischen Unternehmungen sehr stark; dort natürlich nicht, wo die Kolonien der Regierungsschutz entbehren. Ich glaube, wenn wir unsere Kolonialpolitik kräftiger betreiben, wird sich auch hier das Kapital mehr betheiligen.

Abg. Bamberger (dresf.): Wir wissen wohl, daß wir die Kolonialpolitik nicht aufhalten können, und wollen nur vor neuen Ausgaben warnen und zu Ersparnissen anhalten. Herr von Frege möchte ich übrigens bemerken, daß wir auf der linken Seite weder das Kapital, noch die Großfinanz vertreten. Wir haben aus allgemeinen wirtschaftlichen Interessen heraus die Zurückhaltung des deutschen Kapitals verheißt. Es ist bloß Vorwitz, welche diese Zurückhaltung herbeiführt. Mögen sich doch die reichen Leute bei uns, die etwas übrig haben, den König von Belgien zum Beispiel nehmen. Wenn Herr Wörmann sich nicht zurückhält, so ist das begreiflich, er und seine Hamburger Freunde treiben ihre Geschäfte aber doch gewiß nicht bloß auf dem deutschen Kolonialgebiet. Kolonialschwärmerei giebt es nur im Inlande, praktisch haben die Hamburger längst Kolonialpolitik betrieben, jetzt wollen sie bloß, daß das Reich ihnen alles in Kamerun hübsch einrichtet. Was die allgemeinen Vermessungen auf die Politik anderer Kolonialstaaten anbelangt, und deren anfängliche Mißerfolge, so ist ja richtig, daß Roßart und Beaumarchis, um beispielsweise zu reden, auch zuerst ausgepöfsten worden sind, aber deshalb braucht doch nicht Jeder, der zuerst ausgepöfsten wird, später einmal ein großer Mann zu werden und deshalb stehe ich auch unsern Kolonialanfängen skeptisch gegenüber.

Abg. Wörmann: Ich möchte Herrn Bamberger nur entgegenhalten, daß wir in unserem Besitze in den Kolonien nicht von englischen, sondern von deutschen Kriegsschiffen beschützt werden wollen. Ebenso benötigen wir für den Verkehr jetzt deutsche Schiffe, weil wir solche haben, was früher nicht der Fall war, wo wir auf die Benutzung fremder Schiffe angewiesen waren.

Abg. Richter: Für uns sind die Schutzgebiete keine Vermehrung, sondern eine Verminderung der deutschen Macht, weil sie zahlreiche politische Verwicklungen schaffen. Der Schutz des Reiches ist viel theurer, als der Gewinn aus den Kolonien. In ganz Togo und im ganzen deutsch-ostafrikanischen Gebiete befindet sich keine deutsche Handelsniederlassung. Die Ostafrikanische Gesellschaft zeigte sich nur bestrebt, junge Offiziere und Referendare hinauszuschicken, die auch einmal regieren wollten, von Handel verstanden diese Herren gar nichts.

Abg. Wörmann: Der Handel entwickelt sich auch in Togo von Jahr zu Jahr mehr, und es leben dort 8 Deutsche. Die Deutsch-Ostafrikanische Gesellschaft beschränkt sich keineswegs auf die Ausübung der Hoheitsrechte, sondern wendet sich dem Handel zu.

Die neuen Forderungen werden bewilligt.
Zum Kapitel der Gesandtschaften und Konsulate nimmt das Wort

Abg. Hamnacher (dresf.): Ich habe in der Kommission den Wohlgelehrten Zwischenfall zur Sprache gebracht und den Herrn Vertreter des Auswärtigen Amtes über unsere Stellung zur Schweiz interpellirt. Ich erhielt darauf die Auskunft, es bestände keine Missionierung zwischen beiden Staaten und ein neuer Niederlassungsvertrag werde wohl ohne Schwierigkeiten abgeschlossen werden. Seitdem sind 14 Tage verfloßen, und ich frage an, ob sich inzwischen etwas geändert hat. Ich kann mir nicht versagen, auf den Fall Wohlgelehrter etwas näher einzugehen. Wohlgelehrter hat nicht gerade ein großes Maß von Geschicklichkeit dem Schneider Luz gegenüber bewiesen. Er schrieb diesem Menschen in einem Briefe: „Wählen Sie nur lustig darauf los!“ Das nahm natürlich die Schweizer Behörde übel. Wir haben also infolge des Sozialistengesetzes den bedauerlichen Fall zu konstatiren, daß Sozialdemokraten bereits anfangen, sich in die Stellen von Polizeibeamten einzudrängen. Ich muß zugeben, daß die Schweizer Polizei etwas zu weit gegen Wohlgelehrter vorgegangen ist, und die Folge dieses Falles, an den sich die bekannten diplomatischen Verhandlungen knüpfen, war die Ernennung eines Bundesanwalts in Bern. Wie verhält es sich nun aber mit Wohlgelehrter, der doch bloß ein Lokpöhl war,

im Hinblick auf die Erklärungen des Ministers Herrfurth, der energisch gegen jeden Agent provocateur vorgehen will? Wohlgelehrter hat freilich jenen von ihm gebrauchten Worten eine harmlose Deutung zu geben versucht, aber wir können dieselbe nicht akzeptiren und verstehen nicht, warum dieser Mann nicht desavouirt worden ist. Höchst bedauerlich sind aber unter allen Umständen die Verwicklungen, welche sich zwischen dem Deutschen Reich und der Schweiz aus jener Affäre ergaben. Man nahm sie in der Schweiz sehr ernst und war namentlich durch die Erklärung deutscherseits beunruhigt, auf Schweizer Boden deutsche Polizei halten zu wollen. Später schlossen sich Zollpladereien an. Gleichwohl vermochten es die Herren Graf v. Waldersee, von Maybach und v. Bennigsen nicht, trotz des Konflikts beider Staaten in dem „wilden Lande“ im Sommer zu reisen. In der bekannten Auslegung des Niederlassungsvertrages, welcher in der Folgezeit gekündigt wurde, kann ich der deutschen Reichsregierung nicht bestimmen. Die Schweizer Behörden sind meines Erachtens berechtigt, aber nicht verpflichtet, Legitimationspapiere von Ausländern zu verlangen, das entspricht dem Wesen des Asylrechts. Was soll nun aus den 50 000 Deutschen in der Schweiz werden, wenn kein neuer Niederlassungsvertrag zu Stande kommt? Wir sind im Hinblick auf diese Zahl mindestens ebenso wie die Schweiz an der Neuregelung dieser Frage interessiert. Nun erwähnte ich schon, daß uns in der Budgetkommission maßgebender Stelle gesagt worden ist, daß weder früher noch jetzt von einer Verklammerung die Rede gewesen ist. Ich weiß nicht, ob ich daran nicht zweifeln soll, gebe aber dem Wunsch Ausdruck, die damalige Erklärung des Vertreters des Auswärtigen Amtes heute hier bestätigen zu hören.

Staatssekretär Graf v. Bismarck: Ich will bei der vorgerückten Zeit nicht auf jeden einzelnen Satz des Herrn Vorredners eingehen. Es ist mir angenehm, sagen zu können, daß ich den Herrn Vorredner vollständig zu beruhigen in der Lage bin. Eine Gegnerschaft zwischen der Schweiz und Deutschland hat nicht bestanden und kann nicht bestehen, ebenso wenig zwischen den Regierungen beider Länder. Bei den Meinungsverschiedenheiten mit der Schweiz haben wir uns von dem Bestreben leiten lassen, die Bundesgenossenschaft derselben im Kampfe gegen die Umsturzbestrebungen der Sozialdemokratie und gegen die Nachstellung der deutschen Sozialdemokratie in der Schweiz zu gewinnen. Daß wir auf autem Wege sind, werden die Herren selbst schon wissen, derartige Dinge können ja nicht geheim bleiben. Es bestehen die allerbesten Beziehungen mit der Schweiz, ein diplomatisches Notenschieben braucht doch nicht nothwendig zu Verklammerungen zu führen. Ich wiederhole: Bestimmungen bestehen nicht, haben auch nicht bestanden. (Widerspruch links.) Wir glauben, daß auch die Schweiz immer mehr erkennen wird, daß auch sie, so wenig, wie jeder geordnete Staat, die Umsturzbestrebungen der Sozialdemokratie entgegen kann. Auf den Fall Wohlgelehrter einzugehen, habe ich keine Veranlassung. Derselbe ist jetzt abgethan. (Beifall rechts.)

Abg. Singer (Soz.): Der Fall Wohlgelehrter ist insofern nicht abgethan, als daran wiederum nachgewiesen ist, daß provokatorische Aufreizungen seitens der deutschen Polizeibeamten erfolgt. Auch wenn der Staatssekretär der weiteren Erörterung der Sache aus dem Wege zu gehen scheint, werden wir uns deshalb nicht abhalten lassen, derselben das Maß von Werth beizulegen, das sie verdient. Nach den wiederholten, von uns unter Beweis gestellten, von den verbündeten Regierungen nicht zurückgewiesenen Mittheilungen über das provokatorische Auftreten deutscher Beamten ist es etwas stark von dem Staatssekretär, zu behaupten, daß die Verhandlungen mit der Schweiz zur Abwehr der sozialdemokratischen Untriebe in der Schweiz nothwendig gewesen wären. Die Abwehr dieser Bestrebungen ist der Regierung auf dem Wege, den sie vorzunehmen scheint, bisher nicht gelungen, und wird ihr weiter nicht gelingen. Wenn Umsturzbestrebungen erst durch von der deutschen Polizei bezahlte Beamte hervorgerufen werden müssen, so verheißt ich, werden sie nie hervorgerufen werden. Dem Abg. Baumach bemerke ich, daß mein Genosse Luz weder als Agent der Polizei, noch als Agent der Sozialdemokratie bezeichnet werden kann. Die Sozialdemokratie hat ihn nicht beauftragt, seine Thätigkeit war sein freier Wille; und dann wollte er auch nicht seine Genossen an die Polizei verrathen, sondern dieselben gegen Verhath schützen. Wenn der Staatssekretär meint, der Austausch der Meinungen mit der Schweiz hätte auch erfolgen müssen, um die Macht der deutschen Sozialdemokratie in der Schweiz zu brechen, so wird es sich darum handeln, ob die Schweizer Regierung in ihre Souveränitätsrechte sich wird hineinreden lassen. Ueber die Nachgiebigkeit der Schweizer Regierung durch Anstellung des Bundesanwalts will ich nicht sprechen; für die Ausweisung Wohlgelehrter aber nehme ich keinen Anstand, ihr an dieser Stelle den Dank auszusprechen. Der Fall Wohlgelehrter steht übrigens jedenfalls nicht vereinzelt da. Der Wunsch der deutschen Regierung, in der Schweiz eine deutsche Polizei zu haben, kann nur auf dem Verlangen basiren, von deutschen Beamten zu erfahren, was Schweizer Beamte vielleicht zu pflichtgetreu sein würden, ihr mitzutheilen. Was die deutschen Sozialdemokraten in der Schweiz thun, ist öffentlich, steht unter der Kontrolle der Schweizer Gesetzgebung und geht die deutsche Regierung gar nichts an. Von dem Standpunkte der Gleichberechtigung der Nationen ist es ein etwas starkes Stück, in fremdem Lande eine Polizei zur Überwachung politischer Bestrebungen zu organisiren. Ich konstatire, daß der Staatssekretär auf die Frage, wie sich das auswärtige Amt zu dem Falle Wohlgelehrter stelle, gar nicht geantwortet hat. Vor der diensteidlichen Versicherung Wohlgelehrter, er habe mit dem Wühlen Sie nur lustig drauf los“ lediglich auffordern wollen, die Informationen an allen Ecken und Enden zu holen, mache ich nicht Halt; ich halte sie nur für eine Ausrede und kann mich von ihr nicht befriedigt erklären. Auch nach dem Verhältniß des oft genannten Polizeidirektors Krüger zum Auswärtigen Amt werden wir beim Sozialistengesetz uns noch näher erkundigen.

Der Abg. Fock-Minden (dl.) beantragt den Schluß der Debatte. Der Antrag wird von den Nationalliberalen und Konservativen unterstützt.

Abg. Richter bezweifelt die Beschlußfähigkeit des Hauses. Da das Bureau diesen Zweifel theilt, wird der Namensaustruf vollzogen, welcher die Anwesenheit von 152 Mitgliedern ergibt. Das Haus ist also nicht beschlußfähig und die Debatte muß abgebrochen werden.

Schluß gegen 5 Uhr. Nächste Sitzung Montag 1 Uhr. (Anträge, betreffend die Arbeiterschutzgesetzgebung.)

Depeschen.

(Wolff's Telegraphen-Bureau.)

Essen a. d. Ruhr, 22. November. Die Grubenverwaltungen des Essener Reviers haben auf den ihnen kundgegebenen Wunsch einer hier abgehaltenen Bergarbeiter-Versammlung, die gemäßigten Arbeiter wieder einzustellen, der Rheinisch-Westfälischen Zeitung zufolge erwidert, daß nach dem Streit Arbeiter nur wegen ungebührlichen Verhaltens entlassen worden seien; die Grubenverwaltungen wären jedoch bereit, um einen Beweis ihrer friedfertigen Gesinnung zu geben, jeden treuen und langjährigen Arbeiter wieder in Arbeit zu nehmen, der etwa ohne Veranlassung der Grubenverwaltungen seine Arbeit verloren habe.

Paris, 22. November. Der Finanzminister Rouvier hatte heute Vormittag eine Besprechung mit dem Ministerpräsidenten Tirard und beschloß infolge derselben von der Einreichung seiner Demission abzusehen.

Briefkasten.

Bei Anfragen bitten wir die Adressen-Cultivierung beizubehalten. Briefliche Antwort wird nicht ertheilt.

Charlottenburg H. Demmler und Jacobi sind als Sozialdemokraten gewählt worden. I. lehnte aber die Wahl ab, worauf sein Wahlkreis, Leipzig-Land, bei der Nachwahl verloren ging. D. hat im Reichstage gesessen.

1098. Fragen, die sich mit Herrn Krauts befassen, beantworten wir nicht.

M. S. Lassen Sie doch das „Dampfsboot“ schreiben, was es will.

F. S., Waldemarstraße. Die Adresse des Herrn S. ist uns nicht bekannt.

E. St. Ihre Bemühungen werden kaum Erfolg haben.

S. F., Fürstenstraße. Schließen Sie sich einem Leseklub an. Adressen finden Sie unter den Versammlungsanzeigen im redaktionellen Teil.

J. J. Wissen wir leider nicht.
H. H. 25. Wir können Ihnen keine geeigneten Lehrer empfehlen.

S. P. 18. Wenden Sie sich an den Sachverständigen Ranzleirath Seigel; die Adresse finden Sie im Adressbuch.

Ch. 60. Abwerfen ist unserer unmaßgeblichen Meinung nach erlaubt.

Karl St. Gürtel. Nachträglich können Sie in die Wählerlisten nicht mehr eingetragen werden. Verläumen Sie bei der nächsten Wahl nicht den Termin, wo die Wählerlisten öffentlich ausliegen.

Garibaldi. Ist Ihre Anfrage überhaupt erbaulich gemeint?

H. S. Criffstraße. Sie fragen, ob wir einen Musiklehrer wissen, der Ihren beabsichtigten 12-jährigen Sohn unentgeltlich unterrichtet. Wir wissen keinen, aber vielleicht meldet sich ein Herr auf diese Zeilen hin.

Oeffentl. Korbmacher-Versammlung

am Montag, den 25. November, Abends 8 Uhr, bei „Roll“, Adalbert-Strasse Nr. 21.

Tages-Ordnung:

- 1. Kongreß-Angelegenheit der Korbmacher Deutschlands.
- 2. Diskussion.
- 3. Wahl der Delegierten.

Der Einberufer.

Große öffentliche Versammlung der Rohrleger und Helfer

am Montag, den 25. November, Abends 8 Uhr, bei Feuerstein, Alte Jakobstr. 75.

Tages-Ordnung:

- 1. Rechenschaftsbericht der Lohnkommission und Auflösung derselben.
- 2. Wahl einer Agitations-Kommission. 3. Verschiedenes.

Das Erscheinen eines Jeden ist Pflicht. Die Lohn-Kommission.

Das Tanzkränzchen

des Fachvereins d. Steinmehlen Berlins findet am Montag, den 25. November, im Etablissement Königshof, Bülowstr. 37-40, statt.

Der Vorstand.

Durch die Expedition, Zimmerstraße 44, zu beziehen:

Die Darwin'sche Theorie. Von Dr. Eduard Zveling. Broschirt M. 1.50. Geb. M. 2.—.

Karl Marx' Oekonomische Lehren. Gemeinverständlich dargestellt u. erläutert von Karl Sautsky. Brosch. M. 1.50. Geb. M. 2.—.

Weltschöpfung und Weltuntergang. Die Entwicklung von Himmel und Erde vom Standpunkt der Naturwissenschaften dargestellt von Oswald Pöhler. Brosch. M. 2.—. Geb. M. 2.50.

Die ländliche Arbeiterfrage. Nach dem Russischen des Babukow. Brosch. M. 1.—. Geb. M. 1.50.

Thomas More und seine Utopie. Mit einer historischen Einleitung von Karl Sautsky. Brosch. M. 2.—. Geb. 2.50.

Charles Fourier, sein Leben und seine Theorien. Von August Sebel. Brosch. M. 2.—. Geb. M. 2.50.

Das moderne Elend und die moderne Uebersvölkerung. Zur Erkenntnis unserer sozialen Entwicklung. Von Max Schippel. Broschirt M. 1.50. Geb. M. 2.—.

Berliner Arbeiter-Bibliothek. Von Max Schippel. Erschienen Heft 1 bis 7. Heft 1: Ein sozialistischer Roman. Heft 2: Der Nutzen der Gewerkschaften. Heft 3: Die Arbeiterinnen- und Frauenfrage der Gegenwart. Heft 4: Der Sozialismus in Frankreich seit der Pariser Kommune. Heft 5: Charakterköpfe aus der französischen Arbeiterbewegung von Ossip Zetkin-Paris 7. Heft 6: Die Hausindustrie in Deutschland von Paul Kampffmeyer-Gensf. Heft 7: Junker und Bauer von Paul Kampffmeyer-Gensf. a Heft 15 und 20 Pf.

Die Arbeiterinnen-Bewegung Berlins. Von J. Berger. a Heft 30 Pf.

Ferdinand Lassalle, eine Gedächtnisrede zu seinem 25-jährigen Todestag. Von Max Seigel. a 50 Pf.

Stern, J. Die Religion der Zukunft. Dritte vermehrte Auflage. brosch. M. 0.50.

„Halbes und ganzes Freidenkerthum, Zeit- und Streit-schrift. 2. Auflage. Brosch. 15 Pf.

„Thesen über den Sozialismus. Brosch. M. 0.30.

Gesetz der Alters- und Invaliditäts-Versicherung. Von A. Sebel und V. Singer. Preis cartonnirt M. 0.50.

Arbeiter-Notizkalender pro 1890. Kleine Ausgabe a Exemplar 50 Pf. Große Ausgabe a Exemplar 75 Pf.

Die Klassegegensätze von 1789. Von Karl Sautsky. a Exemplar 50 Pf.

Die Sonntags-Arbeit. Von August Sebel. Brosch. M. 1.—.

Die Mohamedanisch-Arabische Kulturperiode. Von August Sebel. 2. Auflage. Brosch. 50 Pf.

Sybil. Roman von Disraeli, übersetzt von Natalie Liebknecht.

Die Ritter der Arbeit. Nach dem Amerikanischen des Fox von Natalie Liebknecht.

Die französische Revolution. Von Wilhelm Flos. Gebunden in Prachtband. a Exemplar M. 5.50. Broschirt in 20 Heften à 20 Pf. Dazu Einbanddecken à M. 1.

Nur 1 Mark [1472] jede Uhr zu reinigen unter die. Bei allen Reparaturen der Preis vorher gefragt. Uhrmacher (Schumann). 15, Ede Mariannenstr.

Cigarren und Tabak, russische u. türk. Cigaretten empfiehlt W. Lindemann, Ortmstraße 24 früher 27.

Hierdurch allen Verwandten, Freunden und Bekannten die traurige Nachricht, daß mein lieber Mann, unser guter Vater, der Arbeiter

Karl Mündy

am 20. d. Mts., Morgens 3 Uhr, in kaum vollendetem 51. Lebensjahre nach kurzem Krankenlager uns durch den unerbittlichen Tod entzissen wurde. Um kühles Beileid bitten

Die tiefbetrübte Gattin **Beate Mündy geb. Bupricht nebst Sohn.** Die Beerdigung findet am Sonntag, den 24. d. Mts., Nachmittags 1 Uhr, vom Trauerhause, Eisenbahnstr. 35, a 18 statt. 986

Ortskrankenkasse d. Steindrucker u. Lithographen zu Berlin.

Am 21. d. Mts. verstarb unser Mitglied, der Steindrucker **Herr Otto Weitzel.**

Die Beerdigung findet am 24. d., Nachm. 3 Uhr, vom Trauerhause, Kottbuser Damm 66, aus nach dem Neuen Jacobi-Kirchhofe, Hermannstraße, statt. Um zahlreiche Theilnahme bittet **Der Vorstand.** 976

Fachverein der Steindrucker u. Lithographen Berlins.

Am 21. d. M. verstarb nach längerem Krankenlager das Mitglied, der Steindrucker **Otto Weitzel**

an der Proletariatskrankheit. Die Beerdigung findet am Sonntag, den 24., Nachmittags 1 1/2 Uhr, vom Trauerhause, Kottbuser Damm 66, aus nach dem Neuen Jacobi-Kirchhof, Hermannstraße, statt. Um recht rege Theilnahme bittet **Der Vorstand.** 991

Goldschmiede. Am 19. d. Mts. verstarb unser berechtigtes Mitglied, der Eisenbeschmied **Herr Max Sydow.**

Die Beerdigung findet am Sonnabend, den 23. November, Nachmittags 3 Uhr, von der Leichenhalle des St. Matthäus-Kirchhofs in der Kolonnenstraße aus statt. **J. A.: L. Hennig, Rentant.** 992

Dankagung. Allen Freunden und Bekannten, sowie den Meistern und Kollegen der Töpfer Berlins, welche meinem Manne, dem Töpfer **Ernst Ruprecht,** die letzte Ehre erwiesen, sage ich für das Beileid gegenüber den Hinterbliebenen, sowie für die Aufmerksamkeit gegen den Dahingegangenen meinen tiefgefühltesten Dank.

Die trauernde Wittwe. **Im Namen der Familie Rudolf Balke, Töpfer, Andreasstr. 25.** 989

Kranzbinderei en gros — en detail, auch Blumen-Geschäft, von **Berlin 50., Skalitzerstr. 38,** in der Ecke an der Mantuffel-Strasse.

J. Meyer, Toppelbügelische Vorbeertränze von 50 Pf. an. — Kränze, Kränze etc. mit Blumen und Schleifen. — Große Auswahl. — Magnolia, Aucuba, Nespoll, Kirschbörner, Ner u. f. w. — (Zur Todtenfeier ca. 40 verschiedene Sorten vorrätzig). — Mein Geschäft ist vom La. f. g. p. als gut und billig bekannt. — Prämiert auf 18 Gartenbau-Ausstellungen für eigene Einführungen!!

Wieder vorrätzig: **Der wahre Jacob Nr. 87.**

Zu beziehen durch die Expedition, Zimmerstraße 44.

Fachver. d. Rohrleger. Sonntag, den 24. November, Vormittags 11 Uhr, in Feuerstein's Salon, Alte Jakobstr. 75:

Versammlung.

Tagesordnung: 1. Vortrag des Herrn C. Pirch über: „Sozialismus der Arbeiter sparen?“ 2. Ausgabe der Billets zum Wintervergügen, Aufnahme neuer Mitglieder. 3. Verschiedenes und Fragelasten. Um zahlreiches Erscheinen ersucht **Der Vorstand.** 982

Fachverein der Lederarbeiter u. Schuhmacher. Montag, den 25. November, Abends 8 Uhr, Oranienstr. 180:

Tanzkränzchen.

Billets für Herren und Damen im Arbeitsnachweis bei Herrn Spirling, Louise-Str. 23 (Oranienplatz), u. bei den Vorstandsmitgliedern.

Verein der Sattler und Fachgenossen. Am Dienstag, den 26. November, Abends 8 1/2 Uhr, in Deigmüller's Salon, Alte Jakobstr. 48a:

Versammlung.

Tagesordnung: 1. Vortrag des Herrn A. Sachs über: „Telegraph und Telephon“ mit Experimenten. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes und Fragelasten. Gäste sind willkommen! Um recht zahlreichen Besuch bittet **Der Vorstand.** 990

Restaurant H. Stramm, 123 Ritterstrasse 123.



verbunden m. Fremdenverkehrs-Empfehle meinen allbekanntesten vorzüglichen Frühstück-, Mittag- und Abendessen. Sonstige Speisen und Getränke in bekannter Weise. Zwei Zimmer, passend zu Schlafstellen und Arbeitsnachweis, stehen zur Verfügung. 11400

Empfehle allen Freunden und Bekannten **Weiß- und Bairischbier-Local.** **Fr. Oelze,** 985] Kleine Andreasstraße 19.

Albert Auerbach, Berlin S., Kottbuser Damm 7, an der Kottbuser Brücke. 988] **Schuh- u. Stiefel-Lager** für Herren, Damen und Kinder. **Reelle Bedienung. Feste Preise.**

Wo kauft man billig? Bei Lude, Reanderstr. 9, die im Verkauf verfallenen hocheleganten neuen und wenig getragenen Herren- u. Damen-Winterpaletots, Knaben- und Mädchenpaletots, Herrenanzüge, einzelne Jaquets, Hosen, Westen, Stiefel, Damen- und Kinderkleider, Uhren, Ketten, Ringe u. f. w. verkaufe ich, um bis Weihnachten damit zu räumen, zu erstaunlich billigen Preisen. 983

Lucke, Reanderstraße 9, Ede Schmidt-Strasse. Bitte genau auf Hausnummer und Namen zu achten. Eine Salostelle ist zu vermieten Friedrichsfelderstraße 17, v. L. Rostin. 984

Arbeitsmarkt. Tüchtige Korbmacher auf Bambus-Arbeit verlangt Lankau, Hallestr. 9. 978] Farbigmauer a. L. w. verl. Grüner Weg 2. 980

Zu einer großen Lampenfabrik wird zum sofortigen Engagement ein **Meister** für die Galvanisirung gesucht. Adressen mit Zeugnisabschlüssen unt. L. O. 727 bei Rasthoff, Rosse, Peinigenstr. 41, einzuweisen. 979

Stuckateure, Anseher, werden im Arbeitsnachweis-Bureau h. Marzahn, Weinmeisterstr. 19, verlangt. 987

Graen hohen Lohn suchen einige ältere, tüchtige Goldschmiedbauer **Gebr. Schäfer & Müller, Hamm i. B.** 983] E. Korbmacher, a. Lohm v. Vogel, Riederwallstr. 9.

Lokales.

Normal-Uhren auf öffentlichen Plätzen bestehen gegenwärtig hier nur sechs; dieselben sind durch elektrische Leitungen mit der königlichen Sternwarte verbunden und werden von dort aus in ihrem Gange derart überwacht, daß dieselben die Berliner Zeit bis auf den Bruchteil einer Sekunde genau angeben. Mit der Ausdehnung des Stadtgebietes und der Steigerung des Verkehrs ist das Bedürfnis nach möglichst genauen Zeitangaben beständig gewachsen und hat vielfache Anträge an die Gemeindebehörden auf Vermehrung der Zahl öffentlicher Uhren hervorgerufen. Den in dieser Weise kundgegebenen Wünschen steht jetzt Erfüllung bevor. Der Stadtvorordnungs-Versammlung wird demnächst vom Magistrat eine Vorlage zugehen, wonach über das ganze Stadtgebiet verteilt, zunächst 18 neue Uhren auf öffentlichen Plätzen errichtet werden sollen. Diese Uhren werden zwar nicht vollkommen den bestehenden Normaluhren gleich genaue Zeitangaben gewähren, doch werden ihre etwaigen Fehler immer innerhalb halber Minuten sich halten. Eine Vermehrung der Uhren des Normaluhren-Systems ist ausgeschlossen, da deren Überwachung von der Sternwarte aus größere Vermehrung nicht wohl gestattet und die weitere Ausdehnung des elektrischen Uhr-Netzwerkes neben den in den Straßen sich immer mehr ausbreitenden Beleuchtungsanlagen und Telegraphendrähten bedenklich erscheint. Die letzteren sollen deswegen nach dem vom Ingenieur Mayerhofer erfundenen und patentierten System, welches sich bei den Uhrenanlagen in der Böse und dem Potsdamer Bahnhof wenigstens für Anlagen in geschlossenen Räumen bewährt hat, errichtet werden. Die Überwachung des Ganges dieser mit einem Gangwerk versehenen Uhren, die durch eine höchst sinnreiche Konstruktion unter Benutzung des in der städtischen Wasserleitung vorhandenen Wasserdrucks selbsttätig aufgezogen und so in dauerndem Gange erhalten werden, erfolgt unter Benutzung des Telephonbrühensystems, das Mayerhofer durch einen Vertrag mit der Telegraphenverwaltung gesichert hat. Die Uhren werden in gusseisernen Kästen angebracht, erhalten drei Zifferblätter und werden während der Dunkelheit von innen erleuchtet. Der Preis einer solchen Uhr soll 4000 Mk. betragen, ihre jährliche Unterhaltung und die Kontrolle des richtigen Ganges 270 Mk. kosten. Für die Unterhaltung der bestehenden sechs Normaluhren, deren Gang unregelmäßig von dem Direktor der königl. Sternwarte überwacht wird, sind im städtischen Etat jährlich 1300 Mk. angesetzt, auf jede derselben entfallen also 217 1/2 Mk.

Gedanken-Übertragung.

Das unsere Epoche unterirdischer Wuthe der Naturwissenschaften mit dem Wiedererwachen wissenschaftlicher Schwärmerien zusammenschließt, mag sich aus der Tatsache erklären, daß wir uns in dem absteigenden Ast einer kosmischen Entwicklungsperiode befinden: die Bourgeoisie, welche die Naturwissenschaften zur Ausweitung und Sicherung der Produktionsweise gebraucht, sieht andererseits die geistige und politische Herrschaft bedroht und wird deshalb immer ältere Tage fromm und abergläubisch. Dieser Aberglauben aber wird wieder von der Naturwissenschaft bekämpft, so läßt sich eine eigenartige Berührung der Gegensätze feststellen. Jedenfalls ist die Naturwissenschaft im geistigen, die dunklen Rebell der Geheimlehren durch ihr Licht zu zerschlagen.

Auch das Gedankenlesen, wie Cumberland es betrieb, wurde vielfach als besondere Geheimkunde angepriesen. Dr. Hugo Münsterberg, Privatdozent der Philosophie an der Universität Freiburg im Breisgau, hat nun in einem in der Naturwissenschaftlichen Gesellschaft zu Freiburg gehaltenen Vortrag: „Gedanken-Übertragung“, auch im Druck erschienen in der Naturwissenschaftlichen Verlagshandlung von J. C. B. Mohr, die Vorlesungen Cumberland's ihres geheimnisvollen Zaubers beraubt und gezeigt, wie das von demselben vorgeführte Gedankenlesen auf rein natürlichen Vorgängen beruht. Der Vortrag bringt aus diesem Buche einen instruktiven Auszug, der referiert folgendermaßen darüber:

„Rein Wort, das wir sprechen, führt Münsterberg bringen wir deshalb hervor, um lediglich Schall zu erzeugen, die Luftschütterung soll stets nur das Mittel sein, um die Gedanken, die uns beschäftigen, auf andere zu übertragen. So schwer auch die Erfassung dieses Vorganges im Einzelnen sein mag, so ist doch Jeder überzeugt, daß es sich hierbei um nichts Uebernatürliches handelt. Der Vortrag, der sich bei der gewöhnlichen Gedankenübertragung abspielt, ist einfach folgender: Die Vorstellungen des Sprechenden sind mit seinem Bewußtsein zugängliche Innenreize bestimmter Gehirnregionen, die zur physischen Ursache für die Bewegung bestimmter Nerven werden. Durch diese Nervenbewegungen treten nun unsere Brust-, Hals-, Zungen- und Mundmuskeln in geordnete Thätigkeit, wodurch bestimmte Schallreize erzeugt werden, welche dann das Trommelfell des Hörers schwingen, sich in nervöse Erregungen seiner Gehörnerve umsetzen, welche zum Gehirn des Hörers fortgeleitet werden, wo bestimmte Gehirnprozesse auslösen, deren seelische Innenreize dem Hörer denjenigen Vorstellungen entspricht, welche den Sprechenden zu seinen Worten veranlaßt.“

„Nun ist aber unsere normale Gedankenübertragung bekanntlich nicht allein auf die Vermittlung von Sprachapparaten und Gehörorganen angewiesen. Eine Geste, ein Stirnrunzeln, ein Augenbewegung ist oft wirksamer als eine Rede, ein Händerecken, der Taktum im zweiten Falle die Rolle übernehmen, indem das Gehörorgan spielt. Man kann also vollkommen sagen, die Gedankenübertragung des gewöhnlichen Lebens besteht darin, daß die Gehirnregionen des Sprechenden sich in körperliche, auf Muskelthätigkeit beruhende Bewegungen — Sprech- und Ausdrucksbewegungen — umsetzen, die der Empfänger durch irgend einen Sinn wahrnehmen kann, um schließlich die empfangenen Erregungen in seinen Nervenapparaten zu verarbeiten. Ebenso bleiben wir in der Sprache dieser normalen Übertragung, wenn wir bewegliche Fälle ins Auge fassen, bei denen die Ausdrucksbewegungen nicht direkt wahrnehmbar ist, sich aber in ziemlich deutlichen Spuren, in Bildern, Schriftzeichen, physischen Zeichen und Prozessen den Sinnesapparaten des Empfängers abspiegeln.“

Die weitaus meisten Gedanken, die auf uns übertragen werden, sind von Menschen gedacht, deren Muskelleistung wir unmittelbar beobachten können; zu entlegenen Zeiten, an weitem Orte mögen sie entstanden und uns auf komplizierte Weise übermitteln worden sein. Aber gleichviel, ob sie durch die Übertragung durch Tinte oder Druck, durch Zeichen oder durch Wärme, durch Telephon oder Telegraph erfolgt, in allen Fällen ist die Ausdrucksbewegung des Übertragenden mit der Sinneswahrnehmung des Empfängers durch eine Kette von schließlichen zusammenhängender physischer Prozesse verbunden, welche beim Sprechen und Hören die Fortpflanzung der Luftwellen von Mund zu Ohr vermag, das ist hier einem physischen Vorgang komplizierter Art übertragen; aber auch hier wird der Gedanke körperlich geäußert und diese Äußerung, gleichviel, welche physischen Fortschrittsglieder sich einschließen, wird mit den Sinnesorganen aufgenommen.

„Nun können freilich wesentliche Abweichungen von der Norm auf beiden Seiten vorkommen. Der Übertragende sowohl wie der Empfänger können abnorme Verhältnisse darbieten. So kann der Übertragende schlafen und im Traume hörbar sprechen, er kann in der Fieberhitz seine Vorstellungen kundgeben, er kann in schwerer Trunkenheit seine Geheimnisse ausplaudern, er kann in einem Anfall von Geistesföhrung Ideen aussprechen, von denen er nachher nichts ahnt, kurz, in zahllosen Variationen kann er sein Seelenleben äußern, ohne daß er es selber will und weiß. Aber deshalb wird doch Niemand daran zweifeln, daß es wirklich die Vorstellungen und Gedanken des Übertragenden sind, welche da ohne seinen Willen und ohne Wissen durch Worte wahrnehmbar werden. Diejenigen Gehirnregionen, welchen seelisch die Vorstellungen entsprechen, sind eben für sich allein schon hinreichende Ursache für jede körperliche Äußerung; der seelische Wille ist nur eine nebengehende Begleiterscheinung, ein Signal für den Vorgang, nicht seine Veranlassung. Nur der Wille doch bei näherer Analyse seine übliche Sonderstellung im seelischen Leben aufgeben und sich in Reiz und Glied stellen mit unserem sinnlichen Empfinden und seinen Erinnerungsbildern, denn nur aus solchen setzt er sich zusammen. Wir alle gehen, sprechen, schreiben, ohne die einzelnen Bewegungen des Mundes, der Finger, der Füße erst mit Bewußtsein zu wollen. Wollen wir aber wirklich etwa den Arm absichtlich heben, so wissen wir wohl, daß der Vorstellung von diesem Wunsche die Ausführung folgen wird; wie unser Wille das aber erreicht, das wissen wir nicht. Nicht unser Bewußtsein will und setzt mit seinem Willen den Körper in Bewegung, sondern unser Bewußtsein nimmt passiv, im Gefolge gewisser Vorstellungen, erst den einen Gehirnzustand wahr, dessen physische Begleiterscheinung Wille genannt wird, und dann den anderen Körperzustand, dem physisch die Wahrnehmung der Bewegungsvorstellung entspricht. Wir wollen den Willen sind nun scheinbar die Akteure, tatsächlich sind wir die Zuschauer dieses Vorganges und hinter die Kulissen ist uns kein Blick geöfnet.“

„Da dürfen wir uns nun nicht wundern, wenn wir erfahren, daß auch sonst unsere Vorstellungen sich häufig ohne unseren Willen in Ausdrucksbewegungen entladen, ja daß im normalen Zustande jegliche intensiv erlebte Vorstellung, sofern sie sich auf einen bestimmten Punkt im Raume bezieht, stets von ganz schwachen Bewegungen der Glieder nach jenem Punkte hin ohne unser Wissen und Wollen begleitet wird. Die Bewegungen sind so schwach, daß wir selbst sie nicht merken, aber doch stark genug, um von sehr empfindlichen Apparaten registriert und von feinsten feinsten Fingerzittern als Druck nach der betreffenden Richtung hin wahrgenommen zu werden. Nur hierin aber und in nichts weiter besteht diejenige Gedankenübertragung, welche als Gedankenlesen in den Schaulustigen Cumberland's und Anderer eine so mystische Rolle spielt und von der Leichtgläubigkeit als übernatürliche Einwirkung geachtet wird.“

„Wer sich erst klar vergegenwärtigt hat, daß ungewollte und ungewollte Bewegungen fortwährend an unserem Körper ablaufen, daß es überhaupt der psychologische Prozeß der Vorstellung, nicht unser Wille ist, der die Muskeln in Bewegung setzt, der kann wirklich darin nichts Uebernatürliches finden, wenn die Vorstellung einer an bestimmtem Ort verborgenen Ständchen den durch das abzüglich lange Verhallen stark ermüdeten Arm zu schwachen Zuckungen in der bestimmten Richtung veranlaßt und wenn diese Zuckungen genügen, um den Beobachter, der den Arm fortwährend befaßt, zum richtigen Platte zu führen. Alle Gedankenübertragung, welche von dem gewöhnlichen Gedankenaustausche nur dadurch abweicht, daß der Übertragende die Bewegungsäußerung nicht besonders beabsichtigt, sondern seine Vorstellungserregungen sich ohne sein Wissen und Wollen in Ausdrucksbewegungen umsetzen, ist durchaus verständlich und natürlich. — Genau dasselbe gilt nun aber von jenem Falle, wo nicht der Übertragende, sondern der Empfänger, nicht der Sprechende, sondern der Hörende, in abnormem, das Bewußtsein verändernden Zustande sich befindet. In diese Gruppe gehören alle die bekannten Gedankenübertragungen auf Hypnotisire.“

Versammlungen.

Die Freie Vereinigung der Maurer Berlins und Umgegend

hielt am Sonntag, den 17. d. Mis., im großen Saale der Berliner Bedrucker eine rege besuchte Mitgliederversammlung ab. Herr Heintze referierte in erster Linie über: „Die Lage im Baugewerbe“. Derselbe charakterisierte dieselbe mit den Worten: „Rohig für die Bauunternehmer, traurig für die Arbeiter. Angesichts dessen hielt er es für angebracht, zu erforschen, ob es nicht zweckmäßig sei, einen anderen Weg einzuschlagen, um die Massen zur Organisation heranzuführen und einige Vereinfachungen in dem Statute der Freien Vereinigung Platz greifen zu lassen. Die heutigen wirtschaftlichen Verhältnisse drängen es mit sich, daß die Bestimmungen des Statuts sich nicht immer inne halten lassen. Die gewerkschaftliche Bewegung könne nicht so konsequent sein, wie die politische. Jetzt sei die Berliner Bauerschaft zerstückelt in Künstler, Vereinsmitglieder, Affordarbeiter und Indifferente. Dies sei der Allgemeinheit nur zum Schaden. Eine große, alle Maurer umfassende Organisation war der sehnlichste Wunsch des Referenten, und bot er demzufolge, den Vorstand zu beauftragen, eine Revision des Statuts vorzunehmen, um der großen Masse den Ansehens der Freien Vereinigung zu erleichtern. Herr Maciejewski pflichtete dem Vortrager bei und war ebenfalls der Meinung, daß Remedur geschaffen werden müsse, solle die Organisation nicht großen Schaden leiden. Wäre die Organisation erst groß, dann würde es leicht sein, gegen etwaige Ausschreitungen Maßnahmen zu ergreifen. Herr Dampel wies seinerseits darauf hin, daß die intelligente Bauerschaft, welche ihr Prinzip hochhalte und verfechte, die Früchte ihrer Arbeit und Kämpfe nicht gemüßet, vielmehr auf der Straße liege, während die unintelligente und indifferente Masse den Vortheil ziehe. Die Hauptfrage sei die, ob es möglich beziehungsweise zweckmäßig sei, die Affordarbeiter in die Freie Vereinigung aufzunehmen. Redner war wohl dieser Ansicht, indem durch den Anschluß derselben das Affordsystem geradezu gesichert werde. Wenn die Affordarbeit früher in andere Bahnen gelenkt worden wäre, so würde sie nicht zu der heutigen Mordarbeit ausgeartet sein und die Kämpfe für das Allgemeinwohl lägen nicht auf der Straße. Das Prinzip, welches die aufständischen Arbeiter verfechten, verwerfe die Affordarbeit nicht als solche, sondern weil sie zur Mordarbeit gemacht werde. Im Tageslohn könne man sich schließlich auch zu Schanden arbeiten. Würde für die Affordarbeit ein fester Tarif geschaffen werden, so

würde schon der heutigen Ausbeutung der Affordarbeit ein Damm entgegen gesetzt sein. Dies sei aber nur möglich, wenn der Minimallohn durchgesetzt sei, und dies sei nur möglich durch eine große alle umfassende Organisation. Diese könne wiederum erreicht werden, wenn Jedem der Zutritt zur Vereinigung gestattet sei. Dadurch, daß man Arbeiter zurücksetze, mache man dieselben nicht reif für die allgemeine Arbeiterbewegung. — Herr Zöllner bekämpfte diese Ausführungen mit großer Energie. Alle Gewerkschaften seien darauf bedacht, die Affordarbeit abzuschießen. Deshalb warte er die Freie Vereinigung vor unüberlegten Schritten und ermahnte die Mitglieder, dem bisher verfolgten Prinzip treu zu bleiben. Ihm schloß sich Herr Meißner voll und ganz an, ebenso Herr Karl Schmidt. Seiner Meinung nach könne die Freie Vereinigung keine andere Bahnen einschlagen, als wie bisher. Ein Affordtarif sei schon früher einmal gewesen, aber nicht inne gehalten worden. Der Tarif sei gesunken bis auf 5 Mark pro Tausend Steine. So würde es wieder kommen. Deshalb erklärte er sich entschieden gegen Aufnahme von Affordarbeitern. Herr Silbermann hielt es für durchaus notwendig, von den drakonischen Maßregeln gegen diejenigen, die sich, auch nur in unbedeutender Weise, gegen die Bewegung, gegen das Prinzip vergangen haben, Abstand zu nehmen. Dadurch würden nur immer mehr in die indifferente Masse geschleudert und diese arbeiten gegen die Verfechter der Arbeiterfrage. Auch Herr Rücker empfahl eine weise Mäßigung zum eigenen Besten. Die Taktik, welche nach der Bewegung beobachtet worden sei, sei eine irrige gewesen. Wenn heute Jemand eine Ueberstunde u. dgl. mache, so sei das häufig unvermeidlich und müsse dies nachgesehen werden. Gegen die Anfertigung von Treppen und Bögen in Afford aber müsse namentlich entschieden Front gemacht werden. Eine Vereinfachung der Affordarbeit hielt Herr Dampel nur durch die Gesetzgebung für möglich, doch aber auch in Anbetracht des großen Zieles, welches die Arbeiterschaft zu erreichen strebe, für einen unbedeutenden Faktor. Die Affordarbeit sei allerdings in heutiger Form unverwerflich, doch besage das sozialdemokratische Prinzip nicht, die Affordarbeiter gänzlich von sich zu stoßen, vielmehr dieselben reif zu machen für die Arbeiterbewegung. So seien zum Beispiel unter den Putzern viele ausgeübte, überzeugungstreue Männer. Von der Freien Vereinigung würden sie als Affordarbeiter zurückgesetzt, in den „Fachverein der Putzer“ gingen sie nicht, weil sie nicht einem reaktionären Verein angehören wollen. Was wollen sie nun thun? In seinem Schlusswort erwähnte sich Herr Heintze entschieden dagegen, daß er habe versuchen sollen, die Freie Vereinigung in ein anderes Fahrwasser zu lenken oder für die Affordarbeit Propaganda zu machen. Er wünschte nur, daß den bestehenden tatsächlichen Verhältnissen mehr Rechnung getragen werde und daß die jetzt geübte Strenge einer weichen Mäße weiche. Heute sei es eben keinem möglich, den Anforderungen des Statuts voll und ganz Genüge zu leisten. Er betonte nochmals, daß es unbedingt nötig sei, daß Bahnen eingeschlagen werden, die es ermöglichen, alle Arbeiterbrüder unter einen Hut zu bringen, um geschlossen gegen das Kapital Front machen zu können. Ein eingegangener Antrag besagte, daß eine Kommission von 5 Mitgliedern zu wählen sei, um eine Revision des Statuts vorzunehmen im Sinne des Referenten und in der nächsten Vereinsversammlung hierüber Bericht zu erstatten. Dieser Antrag war in dessen Hinsicht schon aus dem Grunde, weil zu einer Statutenänderung nur eine Generalmitgliederversammlung kompetent sei. — Nachdem erstatteten die Revisoren Herr Schmidt und Heintze über die letzte erfolgte Revision der Vereinsstatute und Herr Dampel über die Abrechnung vom Vergnügen im Schmeizergarten Bericht. Dem letzteren zufolge betrug die Einnahme 625 Mk. 50 Pfg. Die Ausgabe 478 Mk. 55 Pfg. Der Ueberschuß 147 Mk. 95 Pfg. — Die Berichterstattung über die Anschaffung einer Bibliothek hatte Herr Heintze übernommen. Derselbe war noch nicht in der Lage, ein positives Resultat vorzulegen und beantragte er, ebenso wie Herr Hanisch, die Vertagung dieser Angelegenheit bis zur nächsten General-Mitgliederversammlung. Derselben Antrag wurde zugestimmt. Unter „Verschiedenes“ wurde mitgeteilt, daß der Kollege Rosenbaum an der Agitationskommission erklärt habe, in seinem zur Bekämpfung stehenden Falle unzulässig gehandelt zu haben und keinen Posten wieder annehmen zu wollen. — Herr Freidank habe sein Vergehen gegen das Prinzip eingestanden, doch wäre dasselbe durch die heutigen Verhältnisse bedingt, wie durch die Debatte über den ersten Punkt der Tagesordnung schon klar gestellt worden sei. Einem Antrage Rücker entsprechend, beschloß die Versammlung, Herrn Freidank eine Rüge zu ertheilen, ihm jedoch die Mitgliedschaft nicht zu entziehen. Die Versammlung schloß mit einem vom Vorsitzenden zur Verlesung gebrachten Artikel aus der „Baugewerks-Bez.“ und einer sich daran anschließenden kurzen Diskussion.

Die Buchdrucker

hielten am Montag eine öffentliche Versammlung im Konzerthaus Sanssouci, Rottbuserstr. 4a, unter Vorsitz des Herrn Philipp Schmidt, ab, um zunächst einen Vortrag über: „Die Verkürzung der Arbeitszeit und ihre Bedeutung für die Arbeiter“ zu hören. Der Referent, Herr Alb. Schmidt, betonte Eingang seiner treffenden Ausführungen, daß er wohl wisse, daß er mit seiner Meinung bei einem großen Theile der Anwesenden auf Widerstand stoßen werde; doch wenn die Betreffenden nur zum Nachdenken angeregt werden würden, so sei er schon damit zufrieden. Redner äußert seine Ansicht über die Organisation der Buchdrucker dahin, daß er weder mit dem Wesen, noch mit dem Werth derselben einverstanden sei. Es habe eine Zeit, die 70er Jahre, gegeben, wo sich die Buchdrucker mit Recht die Diktatoren der Arbeit nennen konnten. Dies könnten sie jetzt nicht mehr sagen. Die Bewegung die so kräftig angeleitet habe, sei vollkommen verflucht und in ihren Anschauungen weit zurückgeblieben. Die leitende Stelle wieder einzunehmen, müßte Aufgabe der Buchdrucker sein. Redner betonte zum Zwecke des Beweises, wie reaktionär die Buchdrucker sind, daß dieselben die Frauenarbeit aus dem Gewerbe verdrängen wollten. In, in der Schweiz sei sogar eine dahin gehende Petition verfaßt worden! Auch die Stellung in der Belegungsfrage kennzeichnete die Buchdrucker. Sie suchten das Anlernen zu verhindern. Mit welchem Rechte? Sie könnten dort, wo die Lehrlinge massenhaft ausgebildet werden, gar nichts austrichten. Wohin solle es auch führen, wenn alle Gewerke in gleicher Weise vorgehen würden. Diese Maßnahmen seien falsch. Das einzig richtige wäre, die Forderungen politisch zu formulieren. Nicht durch eine Gewerkschaftsbewegung sei eine Besserung zu erreichen — das sehe man an der englischen — nein, nur durch Teilnahme an den politischen Tagesfragen, durch Beteiligung an der Politik sei etwas zu erreichen. Man müsse durch Beschlüsse, Proteste u. s. w. die Regierung auf die Forderungen aufmerksam machen. So sollten sich auch die Buch-

drucker an der Demonstration am 1. Mai 1890, die auf dem Pariser Kongresse beschlossen wurde, teilnehmen. Redner führt hierauf in überzeugender Weise den Nachweis, daß mit dem Fortschreiten der Maschinen-technik die reine Gewerkschaftsbewegung ganz ohne Nutzen sei. Die Maschinen hätten ein großes Heer von Arbeitslosen geschaffen, die bei einem Streik die Stellen der Aushängigen belegen würden. Zwar habe die Maschine noch nicht solche Verheerungen unter den Buchdruckern anrichtet. Doch wer könne sagen, ob nicht über Nacht eine Erismaschine eingeführt werde, die Tausende von Kollegen aufs Pflaster werfe? Eine vollständige Beseitigung des Übels, das seine Wurzel in dem heutigen Produktionsystem habe, könne nur dadurch herbeigeführt werden, daß der Grund und Boden, sowie die Arbeitsmittel in den Besitz der Allgemeinheit übergehen. Vor der Hand könne aber eine Besserung erreicht werden, wenn man das Bleigewicht von den Führen der Arbeiterbewegung nehme: das Heer der Arbeitslosen vermindere. Dies könne nur durch eine Verkürzung der Arbeitszeit geschehen, eine Maßnahme, die auch den Lohn steigen mache, da jede Waare im Preise steige, wenn die Nachfrage nach dem Artikel eine größere sei, als das Angebot. Deshalb müsse in allen Gewerkschaften eine rege Agitation zur gesetzlichen Einführung des Normalarbeitstages ins Werk gesetzt werden. Dann wird und muß die Regierung auf die Wünsche der Arbeiter aufmerksam werden und Abhilfe schaffen. So lange die Arbeiter sich selbst helfen wollen, werde sie nichts thun. Deshalb sollten die Buchdrucker mehr aus dem Rahmen ihrer gewerkschaftlichen Organisation heraustreten und sich mehr an der politischen Arbeiterbewegung beteiligen. Die Demonstration am 1. Mai solle den Prüffstein abgeben, ob sie gesonnen sind, andere Wege einzuschlagen. Würden sie es thun, so würden sie sich hiermit ein Denkmal in der Geschichte der Arbeiterbewegung setzen. (Lebhafter Beifall.) Der Korreferent Herr Dolinski verwahrt zunächst die Buchdrucker gegen den Vorwurf, daß sie Gegner der Frauenarbeit seien. Nur dann seien sie es, wenn die Frau sich billiger anbiete, als der Mann, wenn sie Konkurrentin sei. Auch in der Gehaltsfrage steht dieser Redner auf einem andern Standpunkt, demselben, den er auch in Betreff der Verkürzung der Arbeitszeit resp. der Durchführung derselben einnimmt. Er halte es

lastisch für richtig, daß jede Gewerkschaft streng in ihrem Rahmen diese Frage regle. Würden z. B. alle Gewerkschaften in der Gehaltsfrage ebenso vorgehen, wie die der Buchdrucker, so würde bald eine Kalamität entstehen, auf die die Regierung aufmerksam werden und Abhilfe schaffen wird. Redner beleuchtet darauf, warum sich der Arbeitgeber so schwer zur Arbeitszeitverkürzung, eher zu einer Lohnerhöhung verhalten. Einfach darum, weil das Erstere eine zu bedeutende Schwächung ihres Verdienstes bedeute. Nehme man an, daß ein Seher 40 Zeilen pro Stunde setze und hierfür 75 Pf. erhalte, daß der Lebensunterhalt pro Tag mit 4,50 M. bestreiten werden könne, und der Seher soviel Tageslohn erhalten, dann würde der Seher in 6 Stunden (6 x 75 Pf. = 4,50 M.) soviel verdient haben, als er zum Leben braucht. Der Arbeitgeber verkaufe diese Arbeit mit 33 1/2 pCt. Aufschlag = 1,50, also mit 6 M. Diese 1,50 M. würden gerade seine Auslagen am Papier zc. decken. Er würde also noch 6 Stb. noch nichts „verdient“ haben. Anders stelle sich die Rechnung bei 10stündiger Arbeitszeit. Er bekomme dann von seinem Arbeiter 400 Zeilen geliefert, also für 7,50 M. Waare; hierzu schlage er wieder 33 1/2 pCt. = 2,50 M. und verkaufe die Arbeit des Sehers für 10 M. Er zahle aber dem Seher nur 4,50 M. Lohn für seine Arbeit, er habe 2,50 M. Auslagen an Licht, Papier zc. Die Arbeit, die er für 10 Mark verkaufe, koste ihm also nur 7 Mark = 3 Mark hat er Profit. Würde die Arbeitszeit um 2 Stunden verkürzt, also nur 8 Stunden gearbeitet, so würde der Kapitalist nur 1,50 M. verdienen. Hier die Rechnung: 8 Stunden Arbeitszeit = 320 Zeilen = 6 M. Werth. Hierzu 33 1/2 pCt. (2 M.) = 8 M. Ausgaben: Lohn an den Seher 4,50, für Unkosten u. s. w. 2 M. = 6,50 M. Der Kapitalist würde durch eine Verkürzung der Arbeitszeit von 2 Stunden 1,50 M. pro Tag verlieren, während ein 50 pCt. Lohnaufschlag nur 22 1/2 Pfg. Verlust pro Tag bedeute. Redner ist also für die Verkürzung und auch für die Demonstration, wenn alle Arbeiter daran Theil nehmen würden, sonst nicht. Eben so gut sei es, wenn alle Gewerkschaften den 8stündigen Arbeitstag zu erringen trachteten durch ihre eigene Macht. Herr Büttner hält letzteres für unmöglich, da die Koalitionsfreiheit zu sehr beschnitten sei. Eine solch weitgehende Frage, die alle Arbeiter interessire, sei

nicht im Rahmen einer Gewerkschaft, sondern nur gesetzlich regeln. Deshalb ist auch er dafür, daß die Buchdrucker der Reserve heraustreten, sich politisch betätigen und am 1. Mai demonstrieren. Die große Masse werde sich dem anschließen. (Bravo.) Schließlich wird folgende Resolution angenommen: Die am 18. November in Sanssouci tagende Allgem. Buchdrucker-Versammlung erklärt sich mit den Ausführungen des Referenten voll und ganz einverstanden und schließt den Beschlüssen des internationalen Arbeiter-Kongresses gemäß, den 1. Mai 1890 als Feiertag zu proklamiren, die Regierung zu ersuchen, sich an der von der Schwed. berufenen internationalen Arbeiter-Kongress-Konferenz zu beteiligen. — Hierauf schließt die Versammlung, da die übrigen Punkte verlaßt werden.
In der gut besuchten Versammlung des **Fachvereins der Federarbeiter** am Montag, den 18. d. M., Kollege P. Jahn einen beifällig aufgenommenen Vortrag „die Arbeit“. Er verstand es in anregender Weise die schichtliche Entwicklung der Arbeit in kurzen, knappen seinen Zuhörern zu schildern, und betonte, wie man leider immer nicht der Arbeit die Anerkennung zu Theil läßt, die ihr als alleinige, wohlstandserzeugende Kraft gebührt. Eine anregende Diskussion schloß sich hieran. Unter „angelegentlich“ warnte ein Kollege davor, beim Fabrikanten E. Simonson, Köpnickstraße, Arbeit zu nehmen, da der dort ein sehr geringer sei. Auf die vom Buchdruckerverein ausgegebenen Fragebogen, wurde unter „Beschäftigung“ aufmerksam gemacht, und gebeten, dieselben recht genau auszufüllen. Auf Antrag wurde beschlossen: die Herren Pögenhofer und Borussia zu boykottiren, bei Buggenhagens Keller nicht zu verkehren, und nur solche Lokale zu besuchen, wo die Arbeiterblätter ausliegen, sowie auch den 1. Mai als höchsten Feiertag anzuerkennen. — Billets für den 25. d. M. im Vereinslokal, Oranienstr. 180 stiftende Veranlassungen sind im Arbeitsnachweis, Oranienplatz bei Scharnow zu haben, woselbst auch Beiträge entrichtet werden können. Es wird noch ersucht, die Vertrauensmännerwahlen in den Werkstätten vorzunehmen, so daß die Gewählten in der nächsten Sitzung (2. Dezember, Referent Herr Jahn) Adressen abgeben können.

Schutz gegen nasse u. kalte Füße!



R. & A. Dick's
enall. garantiert wasserdichte Schuhe und Stiefel für Herren, Damen und Kinder halten den Fuß trocken und warm, und sind bedeutend dauerhafter und billiger als anderes Fußzeug.
Jede Art Fußzeug, auch welches nicht unter Fabrikat, wird reparirt und wasserdicht gemacht.
Herren-Sohlen und Absätze (neuer Boden) M. 2,75
Damen-Sohlen und Absätze (neuer Boden) „ 1,75
Kinder-Sohlen u. Absätze (neuer Boden) v. M. 1,25 an.
Verkaufsstellen
49 Rosenthalerstrasse 49
(vis-à-vis der Sophienstraße),
Königstrasse 55. 543

G. Scharnow's
Uhren-Fabrik
Berlin S., am Moritzplatz, Ecke Oranienstraße
beseht seit 1800. Anerkannt beste Bezugsquelle.
Nidel-Remontoir-Uhren von 10 M. an
Silberne Cylinder-Uhren 17
do. Ancre-Uhren, 15 Steine 25
Goldene Damen-Uhren, 14-far. 20
do. Ancre-Herren-Remontoir-Uhren
do. mit 3 Goldspindeln und
Schußbedel 90-250 M.
Regulateure, 14 Tage gehend, ca. 1 m lang 10 M.
do. in polirtem Nussbaumgehäuse 14
Welder-Uhren 3,50
Garantie bis zu 5 Jahren.
Illustrirte Preisverzeichnisse gratis u. franko.

Steppdecken-
Fabrik, Oranienstr. 158,
1357) Emil Lefèvre.
Große Auswahl Steppdecken in
Seide, Wolle und Satin von 4 bis
30 Mark. Einzelne wenig be-
schädigte Steppdecken à 3 M.
Illustrirte Preisliste gratis und franko.

Nur 1,50 Mark
kostet bei mir jede Uhr zu repara-
ren und reinigen unter Garantie
des Gutgehens.
Kleinere Reparaturen billiger.
J. Huberty, Wallstraße Nr. 97,
am Spittelmarkt. 1366

Musikwerke
verleiht zu Festlichkeiten das Musikinstru-
mentengeschäft von 826
August Kessler,
51. Kaufherstraße (am Platz) Kaufherstraße 5 1
Große Musikwerke für Vereine.

Empfehle mein [218]
Woll- u. Wollwaren-Geschäft.
Normal- und Barchend-Hemden,
Strick-Jacken,
sowie jeden Artikel für Arbeiter. [218]
Oranienstraße 89,
Ecke Alte Jakobstraße **L. Gerhard.**

Die billigsten 1016
Herrenfilzhüte erhält man von 2 M. an
Knabenfilzhüte „ 1 „
Cylinderhüte „ 4 „
im Fabrikantort: **Dresdenerstr. 116.**

Reifehandlung. Billige Reste zu großen u.
kleinen Dosen, zu Anzügen,
Morgenskleidern, Regen- und Winter-Mänteln,
Wusch, Krimmer, Pelz, Sammet, Tricot zu
Laiten, auf Wunsch gleich zugeschnitten.
882 **Karle, Kaufher Platz 1** (Ecke Waldemarstr.) 226

S. HEINE BERLIN
Die schönsten
Kinder-Kleider und -Mäntel
für Mädchen jeden Alters,
Morgentrücker, Unterröcke
und Tricottailen
auch im Einzelverkauf
sehr billig!

Rum 1/2, Flasche 1,50, 1/2 Fl. 80 Pf.
Punsch, Grog, Blüthwein 1/2 Fl. 1,50, 1/2 Fl. 80 Pf.
Getreide-Kümmel 1 Liter 65 Pf.
Nordhäuser 1 70
Sämmtliche Liköre 1 100
Franz Beyer,
Oranien- u. Prinzessinnenstraßen-Ecke
am Moritzplatz. 226

Rohtabak A. Goldschmidt
Spandauerstr. 1
am hiesigen Platz bekanntlich
Größte Auswahl.
Garantirt reiner brennender Genuss.
Streng reelle Bedienung, billigste
Sämmtliche im Handel befindliche
Tabake sind am Lager.
A. Goldschmidt, Spandauerstr. 1
am Hackeschen Markt.

Medicinische
Ungarweine
in garantirt reiner Qualität, direkt bezogen
zu den billigsten Engrospreisen zu haben.
Emil Böhl,
Frankfurter Allee 74.

Erklärung!

Da die baulichen Anlagen des von mir geleiteten „**Restaurant Buggenhagen**“ die Aufnahme von Massen-Versammlungen nicht gestattet, so erkläre ich hiermit, um alle Weiterungen zu vermeiden, daß ich mich, im Interesse der Hausbesitzer und meiner Kollegen, welche Pakenhofer Bier führen, entschlossen habe, fernerhin keinen politischen Versammlungen irgend welcher Richtung meine Säle zur Verfügung zu stellen und werde ich dieselben nur für geschlossene Vereine und Festlichkeiten reserviren.

F. Müller,
Restaurateur des Etablissements „**Buggenhagen**“
(Ausschank der Aktien-Brauerei-Gesellschaft Friedrichshöhe vorm. Pakenhofer).